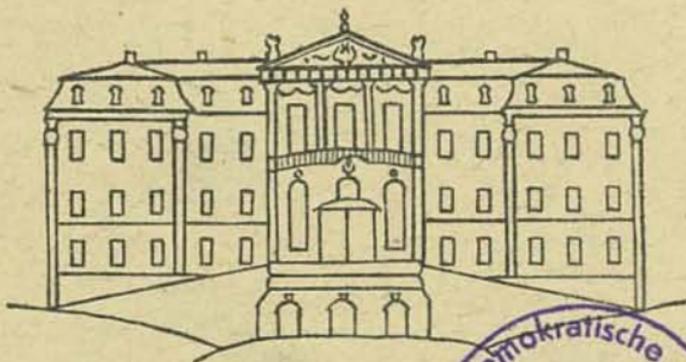


Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

So wurde Deutschland gespalten

Die Geschichte der Herauslösung Westdeutschlands
aus unserem National- und Staatsverband



77



Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte "Otto Nuschke"
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Alwin Schaper

So wurde Deutschland gespalten

Die Geschichte der Herauslösung Westdeutschlands aus unserem National- und Staatsverband

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

	Seite
Einleitung	6
I. Das Fundament des Friedens, der Demokratie und der Einheit	8
Bündnispflichten über den Krieg hinaus	
Das Potsdamer Abkommen als Grundlage einer konstruktiven Deutschland-Politik	
Chronik westlicher Zerstückelungspläne	
II. Das Signal zum kalten Krieg	14
Kehrtwendung des Westens in Fulton und Stuttgart	
Wie der Westen Potsdam „korrigieren“ wollte	
Weltherrschaft als Ziel der USA	
III. Der erste Schritt zum westdeutschen Separatstaat	
Veto gegen deutsche Selbstbestimmung	19
Westliche Besatzungsmächte werden Interventionsmächte	
Die Bildung der Bi-Zone	
Systematische Zerreißung der Nation	
IV. Aggressionsfront gegen den Sozialismus	23
Truman-Doktrin	
Marshall-Plan – Kolonialismus in neuer Gestalt	
Ministerpräsidenten ohne Rückgrat	
V. Die Londoner Empfehlungen	26
Staatsbildung auf fremden Befehl	
Ruhrstatut	
Besatzungsstatut	
Whrungsspaltung – eine Mauer durch Deutschland	
Trizone	
Parlamentarischer Rat	
Adenauer – Separatist von Jugend auf	
Nuschkes Frage: Nutzt das, was ich rede oder tue, dem großen, gemeinsamen Vaterland?	
Das Grundgesetz	

VI. Nationale Antwort auf den Bonner Verrat	34
Volkskongreß wider Volksverrat	
Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden	
Nationale Front	
Die DDR – Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas	
VII. Die Konstituierung der Bundesrepublik	42
Bundeskanzler mit einer Stimme Mehrheit	
Separatismus, Antikommunismus und politischer Klerikalismus als Programm	
Bonn muß durch Deutschland überwunden werden	
Adenauers erste Amtshandlung	
VIII. Integration als nationale Kapitulation	45
Anspruch und Wirklichkeit	
Europarat	
Montanunion	
Der Generalvertrag als Generalverrat	
EVG – ein Projekt, am Volkswiderstand gescheitert	
Der Wust der Pariser Verträge	
Brüsseler Pakt	
Westeuropäische Union	
EURATOM	
NATO – Haupthindernis der deutschen Wiedervereinigung	
Bundesdeutsche Wehrpflicht für eine Söldnerarmee	
EWG	
IX. Das deutsche Volk ist aufgerufen	57
Komödie im Bundestag	
Antikommunismus als Staatsräson	
Der Apfelkarren der Amerikaner	
Das Verbot der KPD	
Ahlener Programm geht über Bord	
Mißbrauch des Christentums	
Jeder muß seinen Beitrag leisten!	

Die westdeutsche Bundesrepublik ist – das zeigt die schändliche Geschichte ihres Entstehens, das zeigt die Politik ihrer herrschenden Kreise von der Gründung des westdeutschen Separatstaates bis zum heutigen Tage – nicht aus nationaler Selbstbestimmung des deutschen Volkes hervorgegangen. Dieser Westzonenstaat wurde von den USA-Imperialisten und den westdeutschen Finanzkapitalisten errichtet, um Deutschland zu spalten. Er wurde der westdeutschen Bevölkerung aufgezwungen als imperialistisches, antinationales Staatsgebilde.

(„Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“)

Einleitung

Die Spaltung Deutschlands, die Herauslösung Westdeutschlands aus dem deutschen National- und Staatsverband, ist ein erregender Abschnitt in der skrupellosen Machtpolitik der Vereinigten Staaten und im Schuldbuch der deutschen Großbourgeoisie.

Es ist eine sehr gewaltsame Politik, die dem deutschen Volk die Spaltung aufgezwungen hat. Aber auch in der Beurteilung dieser Politik ist, was Lenin in seiner im April 1917 veröffentlichten Arbeit „Briefe über Taktik“ ausgesprochen hat, zu beachten: daß die Bourgeoisie „sich nicht nur mit der Gewalt hält, sondern auch infolge der mangelnden Bewußtheit der Massen, ... ihrer Verschüchterung, ihrer Unorganisiertheit“ (Werke, Bd. 24, S. 29).

Je mehr das nationale Bewußtsein, das sich in der Deutschen Demokratischen Republik so kräftig entwickelt hat, auch in Westdeutschland sich durchsetzt, je mehr man auch dort die Ursachen der deutschen Spaltung, ihre Urheber und die damit verfolgten Zwecke erkennt, desto eher wird die Zerreißung der Nation ihr Ende finden! Dann wird man nämlich auch dort begreifen, daß die Wiedervereinigung uns angesichts des Charakters des amerikanischen und des westdeutschen Imperialismus nicht als Geschenk in den Schoß fallen wird, sondern vom deutschen Volk erkämpft werden muß!

In der Deutschen Demokratischen Republik führen wir diesen Kampf durch deutsche Aktivität in deutscher Sache, führen ihn durch den Aufbau des Sozialismus und die ökonomische Stärkung unserer Republik — der westdeutschen Bevölkerung aber liegt die Aufgabe ob, das nationale Schicksal wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

„Der Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regelung der Westberlin-Frage und die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten — das ist der sichere und schmerzlosere Weg zur Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes.“¹⁾



Es ist ein langer Weg, der von dem ersten Signal zum Kalten Krieg, den provozierenden Reden Churchills in Fulton und des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart in den Sommermonaten des Jahres 1946, von der ersten Abwendung der Westmächte vom Potsdamer Abkommen, diesem Fundament für ein friedliches und demokratisches Deutschland, zum Bruch dieses Abkommens und 1949 zur Konstituierung des westdeutschen Separatstaates und am 8. Mai 1955 zur Eingliederung der Bundesrepublik in die aggressive NATO-Allianz geführt hat. Es ist der Weg vom Separatismus in die Integration.

Aber es gab in dieser Zeit nicht nur die ständige Entrechtung der deutschen Nation auf dem Westteil ihres Territoriums, den unentwegten Verrat Deutschlands durch seine Monopolkapitalisten, Hitlergenerale und den politischen Klerikalismus, — sondern auch eine entschiedene nationale Gegenwehr, gipfelnd in der Volkskongreßbewegung und in der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949.

Unserer Republik hat, wie es das Dokument des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ hervorhebt, die Geschichte den Auftrag erteilt, dafür zu sorgen, daß niemals wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Um dieses Zieles willen haben sich unsere Bürger in der Nationalen Front zu verantwortungsbewußter Arbeit zusammengefunden — alle, unabhängig von ihren weltanschaulichen und parteilichen Bindungen, einig in dem, worauf heute alles ankommt: den Frieden zu erhalten, die Geschicke der Nation zum Guten zu wenden und das ganze Deutschland zu neuer Blüte zu führen.

Die besonderen Aufgaben, die uns als Christlich-Demokratischer Union dabei obliegen, arbeitete der Hauptvorstand in seiner Tagung am 14. Mai 1962 im Pallas der Wartburg heraus, ausgehend davon, daß wir in diesem Dokument, wie es der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats, Generalsekretär Gerald Götting, bereits in der 11. Tagung des Nationalrats ausgeführt hat, den Schlüssel zu unserer Vergangenheit, den Spiegel der Gegenwart in Deutschland und den Kompaß für den Weg in die friedliche Zukunft der deutschen Nation besitzen.

1) Aus dem Dokument des Nationalrats

I.

Das Fundament des Friedens, der Demokratie und der Einheit

Bündnispflichten über den Krieg hinaus

Die Befreiung Deutschlands von der faschistischen Barbarei, die die Seelen vergiftet, die Menschen mißbraucht, sie in einem Umfange wie nie zuvor entwürdigt, Terror und organisierten Massenmord zum Staatsgrundsatz gemacht hatte, ist das Werk der Anti-Hitler-Koalition. Den Kern dieser Koalition bildeten die Streitkräfte der Sowjetunion, die, während das europäische Festland den Faschisten erlegen war, im Dezember 1941 vor Moskau und dann Ende 1942 bis zum 2. Februar 1943 an der Wolga die Kriegswende erzwungen haben.

Wohl haben in Deutschland während der ganzen Dauer des „Dritten Reiches“ tapfere einzelne und Gruppen, Marxisten wie Christen, unvergängliche Beispiele eines heroischen Widerstandes gegeben. Wohl war es auch in dieser Nacht der deutschen Geschichte beherzten Kommunisten möglich, frei von Furcht und Bangigkeit, die Fäden eines festen, eines organisatorischen Zusammenhangs immer wieder neu zu knüpfen.

„Wenn du was hast, was sich lohnt, dann komm wieder“, läßt Anna Seghers in ihrem Buch „Das Siebte Kreuz“ Dr. Kreß dem kommunistischen Arbeiter erwidern. Und gemeint damit war etwas, was, persönlich gesehen, gewiß nicht „lohnend“ war, im Gegenteil verbunden mit Not und Tod, — dienend aber dem großen Werk der Befreiung vom Faschismus! Diese heroische Haltung schuf jene Atmosphäre, in der einen Lagerkommandanten wie Fahrenberg — „erträglich nur für Minuten“ — die Ahnung überfallen konnte, daß er mit all seinem Toben und Wüten nicht hinter einem einzelnen her war, sondern hinter einer unabschätzbaren Macht, während seine Opfer erkannten, „wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen können bis in sein Inneres“, aber auch, „daß es im Innersten etwas gab, was unangreifbar war und unverletzbar“.²⁾

So halfen sie, „selber unterdrückt und verfolgt, nackt unter den Wölfen der Konzentrationslager“, allen ihren Schicksalsgefährten, legten sie das Fundament für eine Gemeinschaft über den Krieg und den Abwehrkampf hinaus.

„Das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die für Deutschlands Zukunft ihr Leben hingegeben hatten, verpflichtete die demokratischen Kräfte zu einmütigem Zusammengehen bei der Bewältigung der neuen Aufgaben. Die erste und wichtigste Lehre der Geschichte besagte also, daß

die Einheit der demokratischen Kräfte als das entscheidende Unterpfand für Erfolge auf dem Wege in ein neues Leben unseres Volkes fest geschmiedet und um jeden Preis verteidigt werden mußte.“³⁾

Aber auch das Bündnis der Anti-Hitler-Koalition war nicht nur eine Etappe auf dem Weg zur militärischen Niederbringung des Faschismus. Der Sieg, der gemeinsam errungen war, mußte auch gemeinsam gesichert und gemeinsam genutzt werden für die endgültige Bändigung aller antihumanistischen Kräfte. Deutlich spiegelt sich dieser Sachverhalt in den Beratungen und Beschlüssen der Regierungschefs der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritannien anläßlich ihrer Zusammenkünfte während des Krieges wider.

So wurde auf der Konferenz der Außenminister der drei Großmächte, die in den Tagen vom 19. bis zum 30. Oktober 1943 in Moskau durchgeführt worden war⁴⁾, eine Deklaration angenommen, in der es hieß:

- a) Die Verbündeten führen den Krieg so lange, bis der Gegner die Waffen niederlegt und bedingungslos kapituliert;
- b) nach Beendigung des Krieges werden die Anstrengungen der Verbündeten auf die Erreichung des Friedens und der Sicherheit gerichtet sein;
- c) in nächster Zeit wird eine internationale Organisation zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit geschaffen;
- d) in der Politik nach dem Kriege werden die Mächte ohne gegenseitige Konsultation keine militärischen Mittel zur Lösung von Streitfragen anwenden.

Bestätigt und bekräftigt wurde diese Linie und damit die Festigung der Anti-Hitler-Koalition und die Zusammenarbeit nach dem Kriege durch die Beschlüsse der drei Regierungschefs auf der Konferenz in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943).

Das Wissen um die Notwendigkeit einheitlicher, gemeinsamer Anstrengungen im Dienste des Weltfriedens ist charakteristisch auch für die Dokumente, die von den Regierungschefs während des Hitlerkrieges miteinander ausgetauscht wurden. Wiederholt und sehr nachdrücklich haben dabei nicht nur Franklin Delano Roosevelt, der Präsident der USA in den Schicksalsjahren zwischen 1932 und 1945, sondern auch sein Nachfolger Harry Truman, der dann bis zum Jahre 1952 an der Spitze der Vereinigten Staaten stand, einer der Hauptverant-

2) Anna Seghers, Das Siebte Kreuz, S. 377, 379

3) Entschließung des 10. Parteitages der CDU

4) Die Geschichte der Sowjetunion 1917—1957, S. 612

wortlichen für den Bruch des Potsdamer Abkommens, und selbst ein Mann wie Winston Churchill, zwischen 1940 und 1945 Ministerpräsident Großbritanniens, ein eingefleischter Imperialist und Feind der kommunistischen Ordnung, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit über den Krieg hinaus, unbeschadet der sozialen Struktur ihrer Länder, anerkannt.

„Natürlich muß es die erste Aufgabe sein, Deutschland und vor allem Preußen daran zu hindern, ein drittes Mal über uns herzufallen“,

so schrieb Churchill am 22. November 1941⁵⁾. „Die Tatsache, daß Rußland ein kommunistischer Staat ist und daß Großbritannien und die USA das nicht sind und es auch nicht zu werden beabsichtigen, ist kein Hindernis für uns, einen guten Plan zur Gewährleistung unserer gegenseitigen Sicherheit und unserer berechtigten Interessen aufzustellen.“

Und dieses Bekenntnis, mannigfach variiert, kehrt immer wieder. So schrieb Churchill am 7. März 1944:

„Alle meine Hoffnungen auf die Zukunft der Welt basieren auf der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den westlichen Demokratien und Sowjetrußland“⁶⁾,

bis hin zu der Erkenntnis vom 28. April 1945:

„Es ist ganz offensichtlich, daß ein Streit die Welt in Stücke reißen würde und daß wir führenden Männer auf jeder Seite, die wir irgendwie damit zu tun hätten, uns vor der Geschichte schämen müßten. Sogar der Beginn einer langen Periode der Verdächtigungen, der Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen sowie gegensätzlicher Politik wäre eine Katastrophe, die die Entwicklung eines weltumspannenden Wohlstandes für die Massen, der nur durch unsere Einheit zu erreichen ist, verhindern würde.“⁷⁾

Ähnliche Bekenntnisse — für die Sowjetunion selbstverständliche Konsequenzen ihrer Haltung seit dem ersten Friedensdekret vom Oktober 1917 — könnten beliebig auch von den anderen Führern der Anti-Hitler-Koalition angeführt werden. So bewertete zum Beispiel Roosevelt die Konferenz in Teheran gerade deshalb als ein historisches Ereignis, „weil sie nicht nur unsere Fähigkeit, gemeinsam Krieg zu führen, bestätigt hat, sondern auch unsere Fähigkeit, in größter Harmonie für den künftigen Frieden zu wirken“⁸⁾, und erhoffte als Frucht des gemeinsamen Zusammenwirkens „eine lange Periode des Friedens“⁹⁾.

5) Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, S. 44

6) ebd., S. 260

7) ebd., S. 423

8) ebd., S. 590

9) ebd., S. 654

So war, als der Krieg gegen Hitler mit der bedingungslosen Kapitulation der Nationalsozialisten endete,

in der internationalen Politik durch die Beschlüsse und Willensbekundungen der Anti-Hitler-Koalition, innerhalb Deutschlands durch die in den Widerstandsgruppen und den Konzentrationslagern herangewachsene Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte und die im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ vereinigten Patrioten, die den verbrecherischen Charakter des Hitlerkrieges erkannten und bereit waren, für die schnelle Beendigung des Krieges und ein neues und besseres Deutschland zu kämpfen. — „Sie retteten die Ehre der deutschen Nation“, sagt von ihnen das Dokument des Nationalrats —

eine gute Vorarbeit geleistet worden, um ein festes Fundament für den Weltfrieden, die Entwicklung der Demokratie und die Erhaltung der nationalen Einheit in einer einigen Welt zu schaffen. Der Frieden der Völker hing damit von der Gültigkeit der Bündnisverpflichtungen über den Krieg hinaus ab.

Das Potsdamer Abkommen als Grundlage einer konstruktiven Deutschland-Politik

Am Anfang der deutschen Nachkriegsgeschichte steht richtungweisend, geboren aus dem Geist der Anti-Hitler-Koalition und der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden, das Potsdamer Abkommen, das Ergebnis der in den Tagen vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof geführten Verhandlungen. Teilnehmer der Potsdamer Konferenz waren der sowjetische Staatschef Stalin, der Präsident der USA Harry Truman, der britische Ministerpräsident Winston Churchill und nach der Wahlniederlage der Konservativen sein Nachfolger Clement Attlee. Frankreich war in Potsdam nicht vertreten, trat jedoch später dem Abkommen bei.

Unter der Überschrift „Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß“, enthielt das Abkommen grundsätzliche Bestimmungen über die Neuregelung der deutschen Verhältnisse auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Als Ziele der Besetzung wurden im Politischen Teil des Potsdamer Abkommens vier Grundsätze aufgestellt. Zum Inhalt hatten diese Grundsätze

1. die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder

deren Überwachung, „um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen“;

II. die Übernahme der Verantwortung für die Kriegsfolgen durch das deutsche Volk;

III. die Vernichtung der NSDAP und ihrer Gliederungen und die Schaffung von Sicherheiten dafür, daß sie in keiner Form wieder-auferstehen können; „jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“;

IV. die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und die Vorbereitung der friedlichen Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben.¹⁰⁾

Die wirtschaftlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens betrafen die „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und anderer Monopolvereinigungen, in der praktisch kürzesten Frist“.

Punkt 14 der wirtschaftlichen Grundsätze¹¹⁾ bestimmte: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“ Zu diesem Zweck sollten gemeinsame Richtlinien u. a. für Produktion, Transport und Verkehr, die Reparationen sowie die Währung und das Bankwesen aufgestellt werden. Für das Finanzwesen, das Transportwesen, den Verkehr, den Außenhandel und die Industrie sollten zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen unter Leitung von Staatssekretären gebildet werden.

Im Rückblick auf das Potsdamer Abkommen schrieb Otto Nuschke am 23. Januar 1949 im Leitartikel der „Neuen Zeit“: „Als das Potsdamer Abkommen dem deutschen Volke unterbreitet wurde, da schöpften die deutschen Menschen in Trümmern und Tränen neue Hoffnungen. Man sah den schmalen, dornigen und steinigen Pfad, der wieder nach aufwärts führen konnte.“

Die Bereitschaft, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, war damals angesichts des von den Nationalsozialisten verursachten Vernichtungswerks weit verbreitet in Deutschland. So heißt es im Gründungsaufwurf der Christlich-Demokratischen Union vom 26. Juni 1945:

„Erschüttert stehen wir an den Gräbern unserer Toten. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit

der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.“¹²⁾

Erfüllt wird dieses Gelöbnis, wie es unser Parteivor-sitzender August Bach am 5. Mai 1962 auf der Kreisdelegiertenkonferenz in Neustrelitz ausgeführt hat, durch unsern Einsatz für den Sieg des Sozialismus in der DDR.

Selbst in der West-CDU, so in den Kölner Leitsätzen, dem „Entwurf für ein vorläufiges Parteiprogramm“ aus dem Juni 1945, fand man damals Formulierungen, die, wenn sie konsequent innegehalten worden wären, auch Westdeutschland in eine friedliche und demokratische Entwicklung geführt hätten. Offen wurde die Schuld des deutschen Militarismus und Imperialismus anerkannt:

„Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten. Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte... Darum fort mit Diktatur und Tyrannei, Herrenmenschen-tum und Militarismus... Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung der menschlichen Würde ist. Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist. Unsere Jugend soll wieder lernen, daß nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht... Lüge, Verstellung und Heuchelei, diese Pest des Hitlerismus, sollen niemals wiederkehren.“¹³⁾

Mit dem Potsdamer Abkommen war ein Vertragswerk entstanden, das eine feste Grundlage für eine konstruktive Deutschlandpolitik bildete. Die führenden Mächte der Anti-Hitler-Koalition hatten unter Erneuerung der während des zweiten Weltkriegs verlautbarten Beschlüsse und Willens-bekundungen eine Reihe klar umschriebener Verpflichtungen übernommen, die die Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus oder Nazismus verhindern sollten, so daß nunmehr auf demokratischer Grundlage ein neuer deut-scher Staat entstehen konnte.

Chronik westlicher Zerstückelungspläne

Mit der Wahrung der deutschen Einheit durch das Potsdamer Abkommen waren die Zerstückelungspläne, die Jahre hindurch von den Westmächten hartnäckig vertreten wurden, in ihrer Realisierung jedoch am sowjetischen Widerstand ge-

10) Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, S. 2/3
11) ebd., S. 6

12) Dokumente der CDU, Bd. I, S. 22

13) Dr. Schwering, Die Entstehung der CDU, S. 32—37

scheitert sind, zunächst gegenstandslos geworden. Diese Teilungspläne waren vordem insbesondere von den Vereinigten Staaten und von Großbritannien propagiert worden.

So legte Roosevelt auf der Konferenz in Teheran am 30. November 1943 einen Zerstückelungsplan vor, dessen Idee darin bestand, „das Reich in fünf große Staaten aufzuteilen: 1. Preußen, das verkleinert und kraftlos werden würde; 2. Hannover und einen nordwestlichen Teil Deutschlands; 3. Sachsen und das Gebiet von Leipzig; 4. Bayern, Baden und Württemberg; 5. Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und ein Gebiet südlich des Rheins“. — Hamburg, der Kieler Kanal, das Ruhrgebiet und die Saar sollten unter eine Art internationaler Kontrolle gestellt werden.¹⁴⁾

Noch ein Jahr später, im November 1944, bemühte sich Churchill bei Besprechungen in Moskau, an denen jedoch der Präsident und der Außenminister der USA nicht beteiligt waren, unter Assistenz von Mr. Eden das sowjetische Einverständnis für eine Dreiteilung Deutschlands in einen norddeutschen, einen Weststaat und einen süddeutschen Staat mit Wien als Hauptstadt einzuholen.

Selbst noch in Potsdam erschien der Präsident der Vereinigten Staaten Truman mit einem Plan für die Aufteilung Deutschlands in separate Staaten.

Ein weiteres bekanntes Beispiel dieser Art ist der im September 1944 auf der Konferenz in Quebec (Kanada) von dem damaligen USA-Schatzsekretär Morgenthau vorgelegte sogenannte Morgenthau-Plan, der die Aufteilung Deutschlands verbinden wollte mit der Vernichtung der deutschen Industrie überhaupt und der Umwandlung Deutschlands in ein reines Agrarland.

II.

Das Signal zum kalten Krieg

Kehrtwendung des Westens in Fulton und Stuttgart

Seinem Wesen nach war der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion „der zweite Versuch der internationalen imperialistischen Reaktion nach der ausländischen militärischen Intervention und dem Bürgerkrieg, das Land des Sozialismus gewaltsam zu vernichten. Das faschistische Deutschland als die Hauptstoßkraft der Weltreaktion wollte die sozialistischen Erungenschaften vernichten, die bürgerlich-gutsherrliche Ordnung wiederherstellen und den Völkern der UdSSR das schwere Joch ausländischer Unterdrücker auferlegen.“¹⁵⁾

Allerdings ist die Entwicklung zum Krieg in erheblichem Maße auch durch die Westmächte begünstigt worden, die der Aufrüstung Hitlers Vorschub leisteten. Bis zur Mitte der

dreißiger Jahre waren in der deutschen Wirtschaft 27 Milliarden Mark Auslandskapitalien angelegt, wobei von den langfristigen Anleihen 70 Prozent auf das amerikanische Kapital entfielen. „Nur dank der ausländischen Kredite und Anleihen konnte Deutschland seine Schwer- und Kriegsindustrie in einem so schnellen Tempo entwickeln.“¹⁶⁾

Als Folge des zweiten Weltkriegs, in den 80 Prozent der Erdbevölkerung hineingezogen wurden und 30 Millionen Soldaten sowie 24 940 000 Nichtkombattanten den Tod gefunden haben, erfuhren die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Staaten eine bedeutende Verschärfung, während die Werktätigen mit gesteigertem Elan ihren nationalen und sozialen Befreiungskampf fortsetzten. „Die Volksmassen in den europäischen Ländern kämpften um die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung; und es ist natürlich kein Zufall, daß sich das kapitalistische Regime auf dem Kontinent nur in den am Kriege beteiligten europäischen Ländern halten konnte, die von Truppen der imperialistischen Siegermächte besetzt waren. Nur die Einmischung von außen, die Kraft der Bajonette retteten den europäischen Kapitalismus vor dem endgültigen Zusammenbruch. Und dennoch war die Nachkriegszeit eine Periode, in der die kapitalistische Herrschaft in vielen europäischen Ländern zusammenbrach.“¹⁷⁾

Neue sozialökonomische Verhältnisse bildeten sich so in Ostdeutschland auf der Grundlage der antifaschistisch-demokratischen Ordnung heraus, ferner u. a. in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Der Sozialismus, der nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zunächst auf das Gebiet der UdSSR beschränkt blieb, wurde nunmehr zum Weltsystem.

Gleichzeitig ging das Kolonialzeitalter, 1492 mit der Entdeckung Amerikas eingeleitet und über Jahrhunderte hinweg mit der brutalen Ausbeutung der überseeischen Besitzungen blutig fortgesetzt, zu Ende. Am 17. August 1945 schon bildete sich im Ergebnis des Kampfes der von den Kommunisten geführten Volksfront die unabhängige Republik Indonesien mit 82,3 Millionen Einwohnern auf 1,5 Millionen qkm und am 2. September 1945 auf dem Territorium der ehemaligen französischen Kolonie Indochina die Demokratische Republik Vietnam (155 000 qkm, 12 Millionen Einwohner).

In dieser Situation gab Winston Churchill am 6. März 1946 als Wortführer der parlamentarischen Opposition gegen die britische Labour-Regierung in seiner Rede in Fulton (im nordamerikanischen Bundesstaat Missouri) das Signal zum Kalten Krieg in Europa und gegen die Sowjetunion, dem wenige Monate später der bereits amtsüde amerikanische

14) Albert Norden, Um die Nation, S. 120

15) Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. I, S. 49

16) ebd., S. 38

17) ebd., S. 248

Außenminister James F. Byrnes am 6. September in Stuttgart beipflichtete. „Wanderprediger eines dritten Weltkriegs“ wurden darob beide von dem damaligen sowjetischen Außenminister genannt.

In seiner Rede in Fulton hatte Churchill besondere Anstrengungen zum Schutz des von niemandem bedrohten Europa sowie Maßnahmen zur „Erneuerung der Größe Europas“ gefordert. Byrnes wiederum propagierte ein föderalistisches Deutschland, und beide zusammen versuchten plötzlich die polnische Westgrenze als „noch nicht endgültig“ hinzustellen. Man habe die polnische Regierung ermutigt, behauptete Churchill, „ungerechtfertigterweise einen erheblichen Teil deutschen Gebietes an sich zu bringen“.

Damit hatten Churchill und Byrnes die Abwendung vom Potsdamer Abkommen proklamiert, die Kehrtwendung von der Anti-Hitler-Koalition, den Bruch internationaler Verträge, dem deutschen Revanchismus das Stichwort geliefert und die Sabotage des Weltfriedens eingeleitet.

Tatsächlich beruht die Grenzziehung an der Oder und Neiße auf den gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten, wie denn auch noch heute die Oder-Neiße-Friedensgrenze von dem französischen Staatschef de Gaulle als rechtsgültig anerkannt wird. Gestützt auf diese gemeinsamen Beschlüsse hatte der auf der Potsdamer Konferenz ins Leben gerufene Interalliierte Kontrollrat am 20. November 1945 den Plan für die Umsiedlung von 3,5 Millionen Deutschen und die Neuansiedlung polnischer Bürger beschlossen. Die noch ausstehende formale Bestätigung dieser Grenzziehung durch die von den Westmächten bisher ständig hinausgeschobene Friedenskonferenz kann nichts daran ändern, daß es sich hier um endgültige Tatsachen handelt. Deutlich kommt das in einer Erklärung des sowjetischen Außenministers vom 16. September 1946 zum Ausdruck, in der es heißt:

„Die Berufung darauf, daß die Berliner Konferenz (Potsdamer Konferenz) es für notwendig erachtet habe, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, ist natürlich richtig. Gerade so sieht die formale Seite aus. Dem Wesen der Sache nach aber haben die drei Regierungen ihre Meinung über die künftige Westgrenze ausgesprochen, als sie Schlesien und die obenerwähnten Gebiete unter die Verwaltung der polnischen Regierung stellten und außerdem den Plan über die Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten annahmen.

Wem könnte der Gedanke in den Kopf kommen, daß diese Aussiedlung der Deutschen nur als zeitweiliges Experiment vorgenommen wurde? Diejenigen, die den Beschluß über die Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten gefaßt haben, damit sich dort sofort Polen aus anderen polnischen Bezirken ansiedeln, können nicht nach einiger Zeit vorschlagen, entgegengesetzte Maßnahmen durchzuführen. Allein schon der

Gedanke an derartige Experimente mit Millionen von Menschen ist unfaßbar, ganz zu schweigen von seiner Grausamkeit sowohl gegenüber den Polen als auch gegenüber den Deutschen selbst.“¹⁸⁾

Als Schlußfolgerung aus diesen Auseinandersetzungen ergibt sich, daß die Churchill-Rede in Fulton und die Byrnes-Rede in Stuttgart lediglich als ein Manöver zur Irreführung der Völker und als Beginn einer Kampagne zur Diffamierung der Sowjetunion und zur Verhetzung der deutschen und polnischen Nation zu bewerten sind. Und doch waren erst zwei Jahre vergangen, seit Churchill seine „ganze Hoffnung auf die Freundschaft und die Zusammenarbeit der westlichen Demokratien mit der Sowjetunion“ gesetzt hatte!

Wie der Westen Potsdam „korrigieren“ wollte

Dem Signal zum Kalten Krieg folgten die Versuche der Westmächte, Potsdam zu „korrigieren“. Im Zuge dieser Maßnahmen waren die Vereinigten Staaten bestrebt, die Entmilitarisierung Deutschlands auf die Entwaffnung der deutschen Streitkräfte zu reduzieren. Diesem Zweck diente ein auf der Außenministerkonferenz im Juli 1946 von der amerikanischen Delegation eingebrachter Entwurf für einen „Vertrag über die Entwaffnung und Besetzung Deutschlands“.

„Zur Entmilitarisierung, wie sie in Potsdam beschlossen wurde, gehört jedoch die demokratische Umgestaltung Deutschlands, die Liquidierung der Konzerne, Kartelle, Syndikate und Trusts sowie der sie kontrollierenden Bankenmonopole, die stets Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression waren, und die Überführung ihres Eigentums in die Hand des Volkes. Ferner gehört dazu die Durchführung einer Bodenreform in ganz Deutschland, durch die den Bauern der Boden der junkerlichen Großgrundbesitzer übergeben wird, jener ‚Herren‘, die stets die aggressivsten Kader für den deutschen Militarismus stellten.“¹⁹⁾

In Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen versuchte die sowjetische Delegation, den amerikanischen Entwurf zu vervollständigen; doch lehnten die USA die Erörterung jedes Zusatzantrags glattweg ab. Es ging den Vereinigten Staaten nicht mehr um die einheitliche Behandlung Deutschlands und eine gemeinsame Friedenspolitik der Großmächte, sondern hinter allen Aktionen der amerikanischen Politik stand nunmehr bereits das Streben nach der Erringung der Weltherrschaft. Im Rückblick auf diese Entwicklung konnte daher der Erste Sekretär des ZK der KPD Max Reimann die Feststellung treffen:

18) Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, S. 26

19) Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, S. VIII

„Um diese Zeit war bereits offensichtlich, daß die imperialistischen Westmächte, vor allem die USA, das Potsdamer Abkommen in ihrer Besatzungszone nicht verwirklichen und daher Deutschland spalten wollten, um eine demokratische Entwicklung in den Westzonen zu verhindern und die Herrschaft des Monopolkapitals zu restaurieren mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum und Menschenpotential der Westzone für ihre Kriegspläne gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder zu mißbrauchen.“²⁰⁾

Weltherrschaft als Ziel der USA

Wiederum war es Harry Truman, jener Präsident der Vereinigten Staaten, verantwortlich für den ersten Abwurf von Atombomben auf Menschen, der das friedliche Einvernehmen der Völker durch maßlose Forderungen so sehr erschwert hat. Truman war es, der noch im Jahre 1945 den Standpunkt einnahm, daß der „Sieg das amerikanische Volk vor die ständige und brennende Notwendigkeit gestellt hat, die Führung in der Welt zu übernehmen.“²¹⁾

Diesem Programm verhaftet, feierten die Propagandisten des amerikanischen Imperialismus, allen voran James Burnham, „der Theoretiker des amerikanischen Imperialismus“, die Berufung der USA zur Weltherrschaft. „Es gibt ein amerikanisches Imperium“, so schrien sie in die Welt, und als seine Bestandteile reklamierten sie Japan, die Philippinen, die Inseln im Atlantik und im Pazifik, auf denen sich amerikanische Truppen niedergelassen hatten, und alle Territorien in Europa und in Afrika, auf denen amerikanische Streitkräfte stationiert sind. „Die Vereinigten Staaten sind auf die Szene gerufen. Das Schicksal fordert sie zur Weltherrschaft auf“, so kommentierten sie die politische Entwicklung der Nachkriegszeit. Und diese Weltherrschaft sollte nun ohne Rücksicht auf den friedlichen Willen der Völker realisiert werden. Daher so drastische Äußerungen wie die nachstehende von James Burnham:

„Der Friede ist nicht das Ziel der Außenpolitik und kann es nicht sein. Man muß auf das verzichten, was von der Doktrin der Gleichheit der Nationen übriggeblieben ist. Die Vereinigten Staaten müssen offen ihre Kandidatur auf die Leitung der Weltpolitik anmelden. Man muß vollständig auf das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen verzichten. In allen Fragen, die die Weltpolitik betreffen, muß eine rapide energische Intervention zur normalen Prozedur werden.“²²⁾

20) „Neues Deutschland“ Nr. 60 vom 1. März 1962

21) Geschichte der Sowjetunion, S. 653

22) Zitate aus: Albert Norden, Um die Nation, S. 178/179

III.

Der erste Schritt zum westdeutschen Separatstaat

Bemüht, die Welt den Vorstellungen und dem Willen der USA zu unterwerfen, wurde nunmehr in Westdeutschland von den Amerikanern jede Reform der gesellschaftlichen Ordnung, unbekümmert um die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, verhindert. Ihnen nach eiferten die Engländer. So begann eine Serie von Aktionen zur Unterdrückung des Volkswillens, zur Verhinderung deutscher Selbstbestimmung.

Veto gegen deutsche Selbstbestimmung

Ein drastisches Beispiel dafür bietet das Geschehen im Lande Hessen. Mit überwiegender Mehrheit hatte die verfassunggebende hessische Landesversammlung im Artikel 41 des Verfassungswerkes bestimmt, daß die Grundstoffindustrie in Gemeineigentum zu überführen ist. General Clay, nach dem 13. August 1961 Kennedys Sonderbeauftragter in Westberlin, damals Militärbefehlshaber in der amerikanischen Besatzungszone, legte gegen den Artikel 41 sein Veto ein und setzte die Abgeordneten unter Druck, um den Verzicht auf diese Bestimmung zu erzwingen. Angesichts der von der KPD geführten Arbeiterschaft wagten jedoch weder die hessische CDU noch die SPD, der Forderung des Generals Clay nachzugeben.

Auf Anordnung des Generals Clay mußte nunmehr das Volk in einer gesonderten Abstimmung über den Artikel 41 direkt entscheiden. Zur größten Überraschung der Amerikaner stimmten dabei 70 Prozent der Wähler für die Überführung der Grundstoffindustrie in das Gemeineigentum. Aber selbst diese qualifizierte Entscheidung, die Zustimmung einer Zwei-Drittel-Mehrheit, wurde von der amerikanischen Besatzung nicht respektiert. Auf neue Pressionen hin ließ danach die neugebildete Landesregierung die Dinge auf sich beruhen, so daß die Entscheidung des Volkes auf dem Papier stehen blieb.

Ebenso scheiterten in den Westzonen alle Ansätze zu einer demokratischen Bodenreform an dem Veto der Westmächte. Der Zukunft abgewandt, regten sich sehr bald die alten führenden Nazis und die Militaristen, um nunmehr in einer gegenüber der Potsdamer Konferenz völlig veränderten Atmosphäre neue Machtpositionen zu übernehmen.

Westliche Besatzungsmächte werden Interventionsmächte

„Struktur und Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland erfuhren also keine prinzipiellen Veränderungen. Die unmittelbare Verantwortung dafür trifft die Westmächte, deren Besatzungsorgane bereits damals ihre ursprüngliche demokratische Befreiungsmission verraten und den Charakter von Okkupations-, ja Interventionsmächten angenommen hatten. Mindestens im gleichen Maße aber ist die

Schuld an dieser Entwicklung, die den Lebensinteressen unseres Volkes, den Lehren aus der Vergangenheit und den berechtigten Forderungen der anderen Nationen zutiefst widersprach, dem Treiben der alten imperialistischen und revan-chistischen Kräfte in den Westzonen selbst zuzuschreiben. Sie erlangten in den bürgerlichen Parteien Westdeutschlands und in den westdeutschen Staatsorganen sehr bald die Oberhand über die ehrlichen Antifaschisten, die sich darum bemüht hatten, gemeinsam mit der Arbeiterschaft auch in Westdeutschland die 1945 gegebene historische Chance für eine grundsätz-liche Wende der deutschen Politik zu nutzen.“²³⁾

Ähnliche Versuche der Einmischung in die Verhältnisse anderer Länder unternahmen die USA auch bei der Beratung der ersten Friedensverträge der Nachkriegszeit mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland im Juli und Oktober 1946, ohne daß es ihnen dort gelang, ihre Absichten durchzusetzen.

Die Bildung der Bi-Zone

Den ersten Schritt zur organisierten Spaltung Deutschlands bildete die Errichtung der Bi-Zone, also die Vereinigung der amerikanischen und der englischen Besatzungszone in Absonderung von dem übrigen Deutschland.

„Wieder einmal in der deutschen Geschichte wurde ebenso törricht wie verhängnisvoll der Antikommunismus zur Staatsraison erhoben. Wieder einmal verriet die deutsche Großbourgeoisie die Interessen des deutschen Volkes. Und da die schuldbeladenen Herren der großkapitalistischen Monopole in Westdeutschland sich nicht mehr imstande sahen, ganz Deutschland ihrer verderblichen Herrschaft zu unterwerfen, und aus Angst vor dem Volk sprengten sie die Einheit der Nation, lösten Westdeutschland aus dem Nationalverband der Deutschen heraus und unterwarfen es den Interessen des amerikanischen Imperialismus.“²⁴⁾

Den Anstoß zur Bildung der Bi-Zone gab am 12. Juli 1946, in der Schlußsitzung der damaligen Außenministerkonferenz in Paris, der amerikanische Außenminister Byrnes, indem er die beiden anderen Westmächte zur Vereinigung ihrer Besatzungszonen mit der der USA aufforderte. Während der sowjetische Sprecher Marschall Sokolowski in Einklang mit dem Potsdamer Abkommen sich für die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands aussprach und die Gefahren hervorhob, die der deutschen Einheit von dem amerikanischen Projekt drohten, stimmte der britische Außenminister Bevin den amerikanischen Vorschlägen bedingungslos zu. Einige Wochen später, am 4. September 1946, trafen General Clay und General Robertson bereits Vereinbarungen zur Realisierung der Bi-Zonenpläne.

23) Aus der Entschließung des 10. Parteitages der CDU

24) Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands, II

Das endgültige Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone wurde am 2. Dezember 1946 während der Außenministerkonferenz in New York, auf der die deutsche Frage nicht einmal auf der Tagesordnung stand, von den Außenministern der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, Byrnes und Bevin, unterzeichnet. In Kraft gesetzt wurde das Abkommen mit Wirkung vom 1. Januar 1947, ohne daß es von dem Alliierten Kontrollrat, dem die Entscheidung der Deutschland betreffenden Fragen zustand, bestätigt war.

Die in der Bi-Zone vereinigten Wirtschaftsgebiete besaßen damals drei Viertel der Kohlen- und Hüttenindustrie ganz Deutschlands und beherbergten außerdem die größten Industrierwerke des Maschinenbaus, der Chemie, der Metallverarbeitung und des Motorenbaus. Ihre Lostrennung von dem übrigen Deutschland mußte zwangsweise zu ernststen und langdauernden Störungen in der Wirtschaft ganz Deutschlands führen.

Versuche der Westmächte, die Errichtung der Bi-Zone mit wirtschaftlichen Erwägungen zu rechtfertigen, scheiterten sehr bald in sich selbst. Diese Argumente nahmen nicht einmal ihre Urheber ernst. So behaupteten sie einmal, die Bildung der Bi-Zone werde dem deutschen Steuerzahler eine Erleichterung bringen, dann wiederum forderten sie die Übernahme zusätzlicher Lasten zugunsten der Entwicklung der Bi-Zone.

Die Errichtung der Bi-Zone war eben nicht von wirtschaftlichen Erwägungen diktiert und schon gar nicht von einer Rücksichtnahme auf das Wohlergehen der Deutschen, sondern bestimmend dafür war die politisch-strategische Absicht der USA. Was in bezug auf ganz Deutschland nicht durchzusetzen war, weil weder die Bevölkerung Ostdeutschlands noch die Sowjetunion zur Preisgabe der Demokratie und des Friedens gezwungen werden konnte, das sollte nun unabhängig vom Alliierten Kontrollrat in der amerikanisch-englischen Besatzungszone auf separatistischem Wege realisiert werden. Schon für diese Zeit gilt ein späterer Ausspruch des sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Bundestags, Carlo Schmid: „Die Amerikaner wollen lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.“

Als das Abkommen über die Bildung der Bi-Zone bekanntgegeben wurde und darin die Kardinalfragen der Viermächtepolitik in Deutschland (Liquidierung des Kriegspotentials, Reparationsleistungen an die von der Invasion Hitlers meist betroffenen Gebiete, Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlagen des Faschismus) auch nicht mit einem Wort erwähnt wurden, versuchte ein Vertreter der USA das damit zu erklären, daß die Aufgabe der Bi-Zone eine „sehr begrenzte“ sei, so daß man die Grundfragen habe unberücksichtigt lassen können.

In Wahrheit aber fehlte diese Bezugnahme deswegen, weil gerade diese Ziele mit der Bildung der Bi-Zone preisgegeben werden sollten. Warnend machte der sowjetische Vertreter im Alliierten Kontrollrat, Marschall Sokolowski, darauf aufmerksam, „daß das Zweizonenabkommen für die politische Entwicklung Deutschlands folgenschwer sein kann“. Und in der Tat ist alles, was diese ernste Warnung zu bedenken gab, durch die spätere Entwicklung in vollem Umfange bestätigt worden.

Durch die Bildung der Bi-Zone entstand auf deutschem Boden ein neuer Unruheherd. Nicht der Wiederherstellung der nationalen Einheit, dem Aufbau der deutschen Friedensproduktion, der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarvölkern Deutschlands galt die Energie dieses separatistischen Staatsgebildes, sondern der Neuinstallierung der alten Träger der deutschen Aggressionen, der Ruhrbarone und des Großgrundbesitzes, gestützt auf die Gruppen in Wallstreet, die Roosevelt noch über den Tod hinaus mit ihrem Haß verfolgten, weil zu ihren Kriegszielen auch die maximale Schwächung der Sowjetunion mit deutscher Hilfe gehört hatte.

Systematische Zerreißung der Nation

Mit der Bildung der Bi-Zone beginnt die systematische Zerreißung der deutschen Nation. Der Zusammenschluß der Besatzungszonen der Vereinigten Staaten und Englands steht damit am Anfang des staatlichen Auseinanderfalls Deutschlands.

Nach einem Befehlsempfang der Ministerpräsidenten der Bi-Zone bei den Militärgouverneuren Clay und Robertson am 7./8. Januar 1948 wurden die Organe der Bi-Zone mehr und mehr mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, wie sie nur leitenden Staatsorganen eigen sind. Unter dem Druck der Militärgouverneure kam so eine „Charta des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ zustande, die am 9. Februar 1948 in Kraft gesetzt wurde. Neben dem Wirtschaftsrat, dessen Mitgliederzahl auf 104 erhöht wurde, erhielt die Bi-Zone nunmehr auch einen Länderrat, eine Oberleitung der Wirtschaftsverwaltungen, ein Obergericht mit dem Sitz in Köln und eine Länder-Unionsbank als Notenbank. Damit war die Vorform des westdeutschen Separatstaates konstruiert.

An die Stelle einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung, zu der im Potsdamer Abkommen mit den Beschlüssen über die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen der Weg geebnet worden war und deren unverzügliche Organisierung die sowjetische Delegation auf der von den Westmächten im Dezember 1947 gesprengten Außenministerkonferenz in London gefordert hat, war so eine antidemokratische Separatregierung für die Bi-Zone getreten, deren Wirksamkeit stets nur den Graben durch Deutschland vertieft hat.

Im Widerstand gegen diese unheilvolle Entwicklung gab der sowjetische Vertreter im Alliierten Kontrollrat, bevor dieser Rat im März 1948 seine Tätigkeit einstellte, eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Das ist der gefährliche Kurs zur Hintertreibung aller vereinbarten Beschlüsse in der Deutschlandfrage, auf dem die britischen und amerikanischen Behörden in Deutschland immer weiter voranschreiten, nachdem die Londoner Konferenz durch sie gesprengt worden ist. Nur die Angst vor der Demokratie und die Furcht vor der Wiedergeburt Deutschlands als Konkurrenten auf den Weltmärkten sowie durch Prestigerewägungen lassen sich solche Handlungen erklären, die zur völligen Auflösung des geeinten deutschen Nationalstaates führen.“²⁵⁾

IV.

Aggressionsfront gegen den Sozialismus Truman-Doktrin

Wie bereits gezeigt, meldete der amerikanische Imperialismus sehr bald nach dem Ende des zweiten Weltkriegs seine Ansprüche auf die Weltherrschaft an. Der theoretischen Untermauerung dieser aggressiven Zielsetzung dienten einige Thesen wie die Theorie des „containment“, abzielend auf die „Eindämmung“ oder das Aufhalten der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung der Völker. Eine offizielle Gestalt erhielt diese Theorie durch die sogenannte Truman-Doktrin. Der Autor der Theorie des containment war G. F. Kennan, der den Vereinigten Staaten die Aufgabe zuwies, mit allen Mitteln einer Ausbreitung der sozialistischen Ordnung auf andere Staaten Einhalt zu gebieten.

Die Torheit derartiger Zielsetzungen liegt darin, daß die Menschheit, historisch betrachtet, gar nicht die Wahl hat zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus. „Die Welt unserer Tage führt gesetzmäßig und völlig unausweichlich zu sozialistischen Beziehungen unter den Menschen. Es geht nur darum, alles zu tun, damit der ganze Geburtsprozeß der neuen Gesellschaft sowenig schmerzhaft wie möglich ist.“²⁶⁾ Jeder Versuch, diese Entwicklung durch Gewalt zu hindern, ist damit töricht, reaktionär und ein politisches Verbrechen, weil er um des Profits und der Macht kapitalistischer Gruppen mit dem Frieden der Welt spielt.

Rückwirkungen auf Deutschland ergeben sich aus diesen Theorien dadurch, daß sie die Beziehungen der USA zur Sowjetunion vergiftet haben und das deutsche Volk durch die versuchte Einbeziehung in die amerikanische Aggressionspolitik gefährden.

25) Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, S. 167

26) Jindrich Filipek, Die Philosophie des kollektiven Selbstmordes, Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1/1961

Ausgehend von diesen Theorien proklamierte Truman, aggressiv in seiner Außenpolitik, reaktionär in seiner Innenpolitik – als Beispiel dafür sei an die Hexenjagd unter McCarthy gegen die Kommunisten und an das arbeiterfeindliche Taft-Hartley-Gesetz erinnert – am 14. März 1947 die sogenannte Truman-Doktrin, die Politik der Einkreisung der Sowjetunion, die später von John Foster Dulles, zwischen 1953 und 1958 Außenminister der USA, in einer Politik der „roll back“, des „Zurückrollens“, also der offensiv-aggressiven Aktion bis hart an den Rand eines neuen Weltkriegs, noch erheblich verschlimmert worden ist.

Praktiziert wurde diese Doktrin, mit der sich die Vereinigten Staaten eine weltweite Verantwortung anmaßen, das heißt das Recht zu ständiger Einmischung in die Entwicklung anderer Länder, zum erstenmal gegenüber Griechenland. In der letzten Kriegszeit war in Griechenland nach einem Überfall englischer Truppen auf die von der ELAS geführten Freiheitsbewegung eine reaktionäre Regierung eingesetzt worden. Nach dem Abzug der Engländer entbrannte in Griechenland der Bürgerkrieg. Mit Hilfe der Amerikaner, die sich hier eine Machtposition im Aufmarsch gegen die Sowjetunion sichern wollten, wurde die Volksbewegung blutig niedergeschlagen.

Eine weitere Folge der Truman-Doktrin, die insbesondere die Situation in Deutschland verschärft hat, bildete der Marshall-Plan.

Marshall-Plan – Kolonialismus in neuer Form

Im Januar 1947 wurde Byrnes, dessen seit langem vorhandene Amtsmüdigkeit ihn freilich nicht gehindert hat, die Politik der Vereinigten Staaten durch Entscheidungen, die weit in die Zukunft griffen, vorzubelasten, durch George Catlett Marshall in der Leitung der Außenpolitik abgelöst. Seinen Namen trägt jenes in der ersten Hälfte des Jahres 1947 ausgearbeitete Programm, das, eine neue Form des Kolonialismus, mit Hilfe amerikanischer Anleihen die Überfremdung der Wirtschaft der europäischen Länder und ihre Kettung an die amerikanische Politik einleitete.

Der Marshall-Plan, am 5. Juni 1947 verkündet, hatte die Aufgabe, als ein sogenanntes Programm für die europäische Wiederherstellung, European Recovery Program (ERP), durch Warenlieferungen auf Kredit – ab 1952 mußten diese Lieferungen direkt bezahlt werden – den Export amerikanischer Waren zu forcieren und die politische und wirtschaftliche Durchdringung der Staaten Europas durch die USA zu vertiefen. Insbesondere sollte dieses Programm der Finanzierung der wieder angefachten Rüstungsproduktion dienen. Die Verhandlungen im Rahmen des Marshall-Plans sollte jedes Land gesondert mit den Vereinigten Staaten führen. Am

16. April 1948 vereinigten sich jedoch 18 Staaten zu einer Organization for European Economic Cooperation (OEEC) mit einer gemeinsamen Administration (Economic Cooperation Administration, ECA) für die Organisation der Zusammenarbeit und die Verteilung der Kredite.

Von John Foster Dulles stammt die Äußerung, daß dieses Programm „nichts mit Mildtätigkeit zu tun hat. Es beruht auf soliden Erwägungen unseres eigenen Interesses“. Allerdings bestand für eine solche Aufklärung nicht die geringste Veranlassung. Nach amerikanischen Berechnungen, die Albert Norden in seinem Buch „Um die Nation“ registriert hat, erhielt Westdeutschland bis zum Jahre 1951 aus dem Marshall-Plan an Gütern und Dienstleistungen insgesamt 1 439 620 000 Dollar, also rund 5,88 Milliarden Westmark. In der gleichen Zeit jedoch mußte Westdeutschland allein für die Bestreitung der amerikanischen Besatzungskosten 40 Milliarden Mark aufbringen. Es bleibt daher unerfindlich, wieso der Marshall-Plan als eine „Hilfs“aktion hingestellt werden konnte. Von einer Hilfe konnte schon deswegen nicht gesprochen werden als gerade die Länder, die am meisten unter dem Krieg gelitten hatten, also Osteuropa, von der „Hilfs“-Aktion dadurch ausgeschlossen wurden, daß sie von Bedingungen abhängig gemacht wurde, die mit der Souveränität nicht zu vereinbaren waren.

„Der Marshall-Plan hatte die Aufgabe, einen Block von Staaten, die durch Verpflichtungen gegenüber den USA verbunden sind, zusammenzuzimmern und die amerikanischen Anleihen als Gegenleistung für den Verzicht der europäischen Staaten auf ihre wirtschaftliche und später auch auf ihre politische Selbständigkeit zu gewähren.“²⁷⁾

Aber auch die Vereinigten Staaten selbst ließen die Welt über die mit dem Marshall-Plan verfolgten Ziele nicht im unklaren. „Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken“, versicherte General Marshall im Rundfunk der USA, und die „New York Herald Tribune“ pflichtete ihm mit der triumphierenden Erklärung bei: „Das Zeitalter von Jalta ist vorbei. Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

Es war daher nur folgerichtig, daß die Sowjetunion auf der Pariser Außenministerkonferenz im Jahre 1947 den Marshall-Plan als eine Gefahr für die Unabhängigkeit der europäischen Völker, als Instrument einer Gruppenbildung und als Gefahr für die deutsche Einheit in Auswirkung der Einbeziehung Westdeutschlands in einen antinationalen Block abgelehnt hat.

27) A. Shdanow, Über die internationale Lage, Berlin 1947, S. 23

Ministerpräsidenten ohne Rückgrat

Einen Tag nach der Verkündung des Marshall-Plans, also am 6. Juni 1947, versammelten sich in München die Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Es war das erste und einzige Mal, daß nach dem zweiten Weltkrieg die Regierungschefs aller deutschen Länder an einem Tisch Platz nahmen.

Nunmehr war die Zeit gekommen, den Spaltern Deutschlands mit einem nationalen Programm entgegenzutreten. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für Deutschland forderten die Ministerpräsidenten der fünf ostdeutschen Länder, als ersten Punkt der Tagesordnung die nationale Einheit zu behandeln. Auch stellten sie den Antrag, die Beratungen, ihrer großen Bedeutung entsprechend, auf breitester Front unter Hinzuziehung von Vertretern der Parteien und der Länderparlamente durchzuführen.

Die Vorschläge der ostdeutschen Regierungschefs wurden jedoch von den westdeutschen Ministerpräsidenten mit der Erklärung abgelehnt, die Militärregierungen der drei Westzonen hätten ihnen jede Verhandlung über die nationale Einheit verboten. Widerspruchslos fügten sie sich dem Verbot und ordneten so die Rechte des deutschen Volkes fremden Interessen unter. Selbst dazu waren die westdeutschen Ministerpräsidenten nicht bereit, die Verhandlungen von München nach Berlin zu verlegen, um so in einer anderen, den nationalen Interessen zuträglicheren Atmosphäre die notwendigen Besprechungen über die Rettung der deutschen Einheit doch noch zu bewerkstelligen.

Während nun die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder mit leeren Händen wieder heimreisen mußten, setzten die westdeutschen Regierungschefs die Konferenz mit Beratungen über Spezialfragen der Ernährung und der Landwirtschaft fort, und das in einer Zeit, in der die Sorge der Nation über den Fortbestand des gesamtdeutschen Zusammenhalts alles überschattete.

V.

Die Londoner Empfehlungen

Staatsbildung auf fremden Befehl

Mannigfach vorbereitet, unternahmen die Westmächte in den Separatverhandlungen in London vom 23. Februar bis 1. März 1948 und vom 20. April bis 2. Juni die entscheidenden Schritte für die Bildung des westdeutschen Separatstaates.

Das Ergebnis dieser Konferenz waren die berechtigten „Londoner Empfehlungen“, ihrem Wesen nach Befehle zur Bildung einer konstituierenden Körperschaft für den westdeutschen Separatstaat, durchzuführen bis zum 1. September 1948.

Das nach dem Abschluß der Beratungen veröffentlichte Communiqué erwies sich als eine höchst unzulängliche Unterrichtung der Weltöffentlichkeit. Wichtige Beschlüsse wurden überhaupt nicht mitgeteilt. Insbesondere wurde die beabsichtigte Spaltung der deutschen Währung verheimlicht.

Nach Anlage und Durchführung bedeuteten die beiden Etappen der Londoner Konferenz den völligen Bruch des Potsdamer Abkommens und der Beschlüsse von Jalta durch die Westmächte. Während nach den Vereinbarungen der führenden Staaten der Anti-Hitler-Koalition für die Behandlung der deutschen Frage der Rat der Außenminister zuständig war, wurde in London hinter dem Rücken der Sowjetunion verhandelt. Dafür hatte man Belgien, die Niederlande und Luxemburg zu den Verhandlungen hinzugezogen, nicht jedoch die so hart vom Kriege getroffenen östlichen Nachbarstaaten Deutschlands: Polen und die Tschechoslowakei. Aber auch Vertreter Deutschlands wurden auf dieser Konferenz, auf der es um deutsche Schicksalsfragen ging, nicht gehört. London wurde damit zu einer Etappe der Spaltung Europas in Mächtigkeitsgruppen unter Preisgabe der nationalen Interessen Deutschlands.

Nach dem Alliierten Kontrollrat wurde in Auswirkung der Londoner Konferenz nunmehr auch der Rat der Außenminister durch die Westmächte gesprengt und der gesamte Mechanismus der Viermächtekontrolle in Deutschland zerstört.

Das, was die Londoner Beschlüsse ausmacht, ist ein ganzer Wust von Vereinbarungen, von denen jede zu einem tiefen Eingriff in die deutsche Entwicklung und in das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation wurde.

Ruhrstatut

Die Ruhrindustrie wurde durch das am 20. Dezember 1948 in Ausführung der Londoner Beschlüsse unterzeichnete Ruhrstatut der Wiederaufrüstung Westdeutschlands dienstbar gemacht. Den bestimmenden Einfluß an Rhein und Ruhr erhielten die amerikanischen Monopole. Westdeutschland selbst besaß in der neugebildeten Ruhrbehörde, die für die Zuteilung von Kohle, Koks und Stahl zuständig war, von 14 Stimmen nur 3. Zweck dieser Einrichtung war die Eingliederung der westdeutschen Produktion in die Rüstungsproduktion des Westens. Dabei verblieb es auch, als 1952 das Ruhrstatut durch die Montan-Union (s. S. 47) abgelöst wurde.

Besatzungsstatut

Während die Sowjetunion bereits in den ersten Konferenzen der Außenminister nach dem Hitlerkrieg den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen gefordert hatte, wurde in London der Frie-

densvertrag wiederum hintangestellt. Statt einer Annäherung an den Gedanken der Aufhebung der Besetzung wurde in London die Besetzung Deutschlands auf unbefristete Zeit verlängert – für „eine Zeitperiode, in der die Fortsetzung der Besetzung notwendig ist“, wie es in dem Artikel 1 des Besatzungsstatuts in gewollt nebelhafter Formulierung gesagt wird. Das Besatzungsstatut entzog Westdeutschland die Wahrung der auswärtigen Beziehungen und deklarierte diese Aufgabe als eine Sache der Besetzung.

So konnte Carlo Schmid das Besatzungsstatut als die eigentliche Verfassung Westdeutschlands charakterisieren. Nur veranlaßte diese bittere Feststellung die rechte SPD-Führung nicht im mindesten, dieser gefährlichen Entwicklung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wortspiele in nationalen Schicksalsfragen aber sind als politische Waffe unzulänglich.

Im Zuge der Integrationspolitik der Adenauer-Regierung nach der Bildung der Bundesregierung wurde das Besatzungsstatut durch die Pariser Verträge (s.S. 50) abgelöst. An dem antinationalen Charakter des westdeutschen Staatsgebildes wurde dadurch jedoch nichts geändert.

Das Dokument des Nationalrates „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ bezeichnet diese Entwicklung, ausgelöst durch die Westmächte, in vollem Umfange mitverschuldet durch den nationalen Verrat der westdeutschen Großbourgeoisie und der SPD-Führung, mit Recht als Tragödie:

„In Westdeutschland dagegen nahm eine neue Tragödie ihren Anfang. Unter der Schutzherrschaft der imperialistischen Westmächte – besonders der USA-Monopole – wurde in Verleugnung des von ihnen mitbeschlossenen Potsdamer Abkommens die Herrschaft der deutschen Großbourgeoisie und ihrer Hitlergenerale restauriert. Wie schon 1918 leistete die rechte Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften dieser Restauration entscheidende Hilfsdienste.“

Allerdings hatte Konrad Adenauer bereits am 13. Juli 1945 in einem Artikel im „Kölner Kurier“ deutlich genug ausgesprochen, daß von ihm eine nationale Politik nicht zu erhoffen war, daß er vielmehr völlig fremden Mächten hörig ist. „Die Deutschen“, so schrieb damals Konrad Adenauer, „sind gewöhnt, daß man ihnen sagt, was sie tun sollen. Jetzt müssen sie mehr als zuvor gesagt bekommen, was sie in Zukunft zu erwarten haben und was sie selbst tun müssen ... Die Besetzung durch die Alliierten ist für lange Zeit dringend notwendig. Deutschland ist nicht fähig, sich selbst zu regieren.“

Die Bedeutung der Kapitulation, die Westdeutschland mit der Hinnahme des Besatzungsstatuts vollzogen hatte, konnte nicht besser dadurch illustriert werden, als daß Adenauer, als

er nach Vollendung der Spaltung den Oberkommissaren die 13 Minister seiner ersten Regierung vorstellte, von ihnen als Geschenk ausgerechnet ein Exemplar des Besatzungsstatuts erhielt. „Das war mehr als eine symbolische Handlung. Es war ein Staatsakt von weltweiter Bedeutung. Durch ihn wird dem deutschen Volk unverhüllt klargemacht, daß dieser westdeutsche Sonderstaat keine Souveränität besitzt, daß da drüben deutsches Recht nur in der Einengung umfassender Rechtsansprüche der westlichen Siegermächte gilt.“²⁸⁾

Währungsspaltung – eine Mauer durch Deutschland

Zerstörend in die Einheit der Nation und den wirtschaftlichen Zusammenhang Deutschlands griffen die Westmächte mit der separatistischen Währungsreform ein. Nachdem die neuen Banknoten unter strengster Geheimhaltung in Washington gedruckt und dann nach Deutschland transportiert worden waren, führten die Westmächte am 18. Juni 1948 eine besondere Mark für Westdeutschland ein.

Damit zogen die Westmächte einen Graben durch Deutschland, errichteten sie eine Mauer zwischen den Deutschen, zerrissen sie mit brutaler Faustauch die Einheit der deutschen Hauptstadt. Der Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands wurde empfindlich gestört, da damals Ostdeutschland noch nicht in ausreichendem Maße über eine eigene Großproduktion verfügte. Aber gerade das war beabsichtigt: die Störung der Produktion im andern Teil Deutschlands durch eine infame Maßnahme des Kalten Krieges. Durch diese separatistische Währungsreform wurde des weiteren eine Barriere zwischen den deutschen Familien errichtet.

„Die separate Währungsreform in den Westzonen Deutschlands wurde durchgeführt, trotz der offensichtlichen Notwendigkeit, durch ein Abkommen zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich eine einheitliche Währungsreform für ganz Deutschland vorzunehmen, wie die Sowjetregierung das vorgeschlagen hatte.“²⁹⁾

Verschärft wurde die Spaltung Deutschlands durch die separate Währungsreform noch dadurch, daß sie am 20. Juni 1948 auch auf Westberlin ausgedehnt wurde, obwohl der – als Initiator von Provokationen später so bekannt gewordene – General Clay zwei Tage zuvor dem sowjetischen Marschall Sokolowski noch schriftlich versichert hatte, daß eine Einführung der Spalter-Mark in Berlin nicht beabsichtigt sei.

28) Otto Nuschke, Reden und Aufsätze, S. 176

29) Deklaration der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns vom 24. Juni 1948

Trizone

Kurz nach der Londoner Konferenz zog dann auch Frankreich für seine Besatzungszone die Schlußfolgerung aus der sich abzeichnenden Bildung eines westdeutschen Separatstaates. Am 1. August 1948 wurde die französische Besatzungszone mit der Bi-Zone zu einer Trizone vereinigt. Damit war das Territorium des neuen Staatsgebildes abgesteckt.

Parlamentarischer Rat

Zu den verhängnisvollsten Entscheidungen in London gehörten, wie die Beschlüsse über die separate Währungsreform, die „Empfehlungen“ für die Bildung eines Parlamentarischen Rats. Die harmlose Etikettierung änderte nichts an der Gefährlichkeit dieser Institution. Der Parlamentarische Rat war ein Parlament, diskreditiert allerdings dadurch, daß es nicht vom Volke gewählt, sondern ohne jede Berücksichtigung des Volkswillens zustande gekommen war. Seine Aufgabe war die Ausarbeitung eines Grundgesetzes, das heißt einer Verfassung für den westdeutschen Separatstaat, den im deutschen Volk niemand gewollt hat.

Den Auftrag dazu erteilten, gestützt auf die Londoner Empfehlungen, die drei westlichen Befehlshaber, die Generäle Clay, Robertson und König, am 20. Juli 1948 anlässlich der Zitierung der Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder in ihr Hauptquartier in Frankfurt/Main. Niemand zwang die Ministerpräsidenten, dem Ansinnen der drei Generäle stattzugeben. „Hätten sie nein gesagt – nichts wäre ihnen geschehen, es sei denn, daß der ganze Jubel eines Volkes sie umdröhnt hätte.“³⁰⁾

Aber die Ministerpräsidenten sagten Ja, nahmen den Auftrag an und machten dabei noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie sich an den ihnen bereits vorher übergebenen Dokumenten der Londoner Konferenz jeder Kritik enthalten wollten. „Wir Ministerpräsidenten“, so stellte der hessische Landeschef Stock im Namen aller fest, „stimmen mit den Militärgouverneuren vollkommen darin überein, daß es wünschenswert ist, im Rahmen der Londoner Beschlüsse eine politische Organisation aufzubauen, die gleichzeitig eine solide Basis für Westdeutschland auf der Grundlage des Föderalismus bildet.“ Und der Mann, der diese Erklärung abgab, war – ein Sozialdemokrat!

Mit Recht hat der damalige Vorsitzende der CSU und stellvertretende bayrische Ministerpräsident Dr. Josef Müller, den inzwischen Großgrundbesitz und politischer Klerikalismus längst an die Wand gedrückt haben, die charakterlose Haltung der westdeutschen Regierungschefs gegenüber den Militärgouverneuren eine zivile Kapitulation genannt.

Der dann ins Leben gerufene Parlamentarische Rat umfaßte 65 Personen, willkürlich aus den Länderparlamenten ausgewählt. Fristgemäß begann er seine Beratungen, wie gewünscht, am 1. September 1948. Im Interesse der Irreführung der Bevölkerung hatte man, um eine nicht vorhandene Demokratie vorzutäuschen, auch Vertreter der KPD in den Parlamentarischen Rat aufgenommen. Die kommunistischen Abgeordneten benutzten diese Berufung, um auch innerhalb des Parlamentarischen Rates gegen die Spaltung der Nation anzukämpfen. Bereits in seiner ersten Rede im Parlamentarischen Rat forderte Max Reimann die sofortige Einstellung der Arbeit an der Bildung einer westdeutschen Separatvertretung, doch wurde dieser Antrag von der West-CDU, der FDP und auch der SPD niedergestimmt.

Adenauer – Separatist von Jugend auf

Als Präsident des Parlamentarischen Rates fungierte Konrad Adenauer. Adenauer an der Spitze des Parlamentarischen Rates – das war nun freilich schon ein Programm, nur kein nationales!

Separatistische Gedankengänge und Projekte waren Konrad Adenauer von Jugend her vertraut, 1918 schon, als die von Dr. Dorn betriebene Bildung einer Rheinischen Republik am Volkswiderstand gescheitert ist. Damals, als Konrad Adenauer an der Spitze der Kölner Verwaltung stand – zwischen 1917 und 1933 war er Oberbürgermeister der rheinischen Metropole –, fand Gustav Stresemann, daß die „Oberbürgermeister des heutigen Deutschland in Wirklichkeit neben den Großindustriellen die Könige der Gegenwart sind. Auf lange Zeit gewählt, viele unabsetzbar, sind sie mächtiger als die Minister“, und er fügte dann die so überaus bezeichnende Charakterisierung hinzu: „Persönlich ist Adenauer für Köln unzweifelhaft glänzend, ob immer im Reichsinteresse handelnd, wohl zu bezweifeln.“³¹⁾

Die Berechtigung dieser Warnung ist inzwischen gerade durch Adenauers Tätigkeit an der Spitze der westdeutschen Bundesrepublik in vielfältiger Weise bestätigt worden, aber auch durch Adenauer selbst, durch seine zynische Äußerung gegenüber dem ehemaligen französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet: „Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“³²⁾

Erleichtert wurde Adenauer die Zusammenarbeit mit den Amerikanern durch seine Familienverbindung mit amerikanischen Großkapitalisten, seine Verschwägerung mit dem Groß-

31) Stresemann, Vermächtnis, Bd. II, S. 320

32) Entschließung des 10. Parteitag

30) Albert Norden, Um die Nation, S. 127

bankier und späteren USA-Hochkommissar John McCloy, dem wiederum John Foster Dulles sehr nahe stand.

Bei aller Willfähigkeit gegenüber den Wünschen und Befehlen der Amerikaner war man sich im Parlamentarischen Rat jedoch sehr wohl darüber klar, daß die Aufgabe, der man sich unterzog, keine ehrenhafte war. „Sie betrachteten sich selbst als Quislinge und Marionetten“³³⁾, hat einmal die „New York Times“ Adenauer, Pferdmeiges und Schumacher charakterisiert. So rang sich Adenauer vor der Arbeitsaufnahme im Parlamentarischen Rat die Erklärung ab: „Es ist für mich, genau wie für jeden anderen Abgeordneten des Hauses, eine schwere Entscheidung gewesen, ob man sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands zur Mitarbeit überhaupt zur Verfügung stellen soll.“³⁴⁾

Aber im gleichen Atemzug sprach Adenauer bereits von einer „historischen Aufgabe“, die „unter Gottes Schutz mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen“ er sich berufen fühle. So wurde ihm die Spaltung der Nation zu einer historischen Mission, für deren Durchführung er Gottes Schutz anrief! – eine Blasphemie, der leider noch so viele Beispiele eines unerhörten Mißbrauchs der christlichen Religion folgen sollten.

Unter dem Wissen, fremde Geschäfte zu besorgen, gab es im Parlamentarischen Rat gelegentlich einige Stockungen, so daß sich der so seltsame Zustand ergab, daß die Amerikaner es mit der Konstituierung des westdeutschen Separatstaates eiliger hatten als die Deutschen selbst, denen dieses Staatswesen angeblich „dienen“ sollte. In dieser Not, bedrängt insbesondere durch die kommunistischen Aktionen gegen den Parlamentarischen Rat, wandte sich Adenauer am 2. Dezember 1948 mit der Bitte an die drei Militärgouverneure, ihm mit einigen Mitgliedern des Rates eine vertrauliche Unterredung zu gewähren, angeblich „um zu vermeiden, daß durch nachträgliche alliierte Einsprüche gegen das Grundgesetz die Arbeit des Parlamentarischen Rates vor der deutschen Öffentlichkeit in Mißkredit gerate“, in Wahrheit aber – denn gerade alliierte Einsprüche hätten dem Parlamentarischen Rat zur Ehre gereicht – um die Mitglieder unter Druck zu setzen und sie in verschärftem Tempo dem Willen der Amerikaner zu unterwerfen.

So kam denn eine Verfassung zustande, von der das deutsche Volk ausgeschlossen war, die nicht dem Willen der Nation und den deutschen Notwendigkeiten entsprach, sondern die diktiert war von den Vorstellungen und den Forderungen fremder Mächte. Ungehört verhallen in dieser Notzeit unseres Volkes die ersten Warnungen, die unentwegt aus

33) Quisling, norwegischer Faschist, als Kollaborateur Chef der norwegischen faschistischen Marionettenregierung, 1945 hingerichtet

34) Dzelepy, Der Mythos um Adenauer, S. 59

dem Osten Deutschlands ergingen, gesamtdeutsche Interessen wahrzunehmen, gegen die Spaltung der Nation anzukämpfen und sich bewußt zu werden, daß Deutsche in dieser Zeit zumindest darum bemüht sein müßten, die Auswirkungen und die Dauer der willkürlichen Zerreißung zu begrenzen.

Nuschkes Frage: Nutzt das, was ich rede oder tue, dem großen, gemeinsamen Vaterland?

In diesen Tagen führte Otto Nuschke auf dem 3. Parteitag der CDU am 3. September 1948 aus:

„Unsere geschichtliche Aufgabe ist, aus gesamtdeutscher Verantwortung heraus eine deutsche Politik zu betreiben und bei jedem Wort und bei jeder politischen Tat uns immer unter schärfster Gewissensprüfung die Frage vorzulegen: Nutzt das, was ich rede oder tue, dem großen, gemeinsamen Vaterland? Nur so werden wir unserer geschichtlichen Verantwortung gerecht.“³⁵⁾

Davon aber waren die Debatten und Entscheidungen im Parlamentarischen Rat weit entfernt. Sie haben dem großen gemeinsamen Vaterland nicht genutzt, sondern unsäglich geschadet! Sie haben die Zerreißung der deutschen Einheit noch forciert. In dieser Hinsicht mutet es geradezu wie eine Selbstverspottung an, wenn Adenauer einmal davon sprach, man könne an Gottes Gerechtigkeit zweifeln, wenn man bedenke, daß er der Klugheit so enge Grenzen gesetzt habe, der Dummheit aber keine.³⁶⁾ Nur daß beim Parlamentarischen Rat hinter der Dummheit der böse Wille stand, das Klasseninteresse einer kurzichtigen Bourgeoisie, der nationale Verrat an Deutschland.

Das Grundgesetz

Am 8. Mai 1949, also am vierten Jahrestag der Kapitulation der deutschen Faschisten, stimmten die der CDU/CSU, der FDP und der SPD angehörenden Mitglieder des Parlamentarischen Rates dem Grundgesetz zu. Vier Tage später wurde das Grundgesetz von den Westmächten, die mit dem Ergebnis sehr zufrieden waren, bestätigt und danach am 23. Mai 1949 verkündet und in Kraft gesetzt. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Westzonenstaates waren fertig.

Das Grundgesetz, also die auf fremden Befehl ausgearbeitete Verfassung des westdeutschen Staates, schuf ein föderatives Staatsgebilde. Charakteristisch für den antinationalen Geist, der das Grundgesetz beherrscht, ist zum Beispiel Artikel 21, der festlegt, daß der westdeutsche Staat „seine souveränen Machtbefugnisse zwischenstaatlichen Einrichtungen übertragen“ und seine „Einwilligung

35) Otto Nuschke, Reden und Aufsätze, S. 115

36) Klein, Separatisten an Rhein und Ruhr, S. 12

in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte“ erklären kann.

„Dadurch wird dieser marionettenhafte ‚Staat‘ offenkundig zu einem gefügigen Werkzeug der westlichen Besatzungsbehörden bei der Durchführung ihrer aggressiven Pläne in Europa. Tatsächlich ist die ‚Bonner Verfassung‘ nur ein Anhängsel des sogenannten ‚Besatzungsstatuts‘, das Westdeutschland von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vorgeschrieben wurde... Zugleich ist es völlig offenkundig, daß die Bildung dieser Separatregierung lediglich ein neuer und zudem folgenreicher Ausdruck der Politik der Spaltung Deutschlands ist, die in Verletzung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Laufe der letzten drei Jahre betrieben wurde.“³⁷⁾

Nicht enthalten im Grundgesetz waren selbstverständlich irgendwelche Bestimmungen, die, entsprechend den Potsdamer Beschlüssen, den deutschen Monopolen und dem Großgrundbesitz irgendwelche Einschränkungen auferlegten.

VI.

Nationale Antwort auf den Bonner Verrat Volkskongreß wider Volksverrat

Der Spaltungspolitik der Westmächte und der deutschen Großbourgeoisie sowie der rechten SPD-Führung setzten die patriotischen Kräfte Ostdeutschlands einen entschiedenen Widerstand entgegen, verbunden mit dem Kampf für die Selbstbestimmung der deutschen Nation.

Angesichts des immer deutlicher hervortretenden nationalen Notstandes beschloß der 2. Parteitag der SED, durchgeführt in den Tagen vom 20. bis 24. September 1947, für den 6. und 7. Dezember 1947 einen Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden nach Berlin einzuberufen.

An dem Kongreß nahmen 2215 Delegierte aus allen sozialen Schichten des deutschen Volkes sowie aller Parteien und Massenorganisationen teil, darunter – trotz der großen Schwierigkeiten die ihnen in Westdeutschland bereitet wurden – 664 deutsche Bürger aus der Bizone und aus der französischen Besatzungszone. Der Deutsche Volkskongreß wählte eine Delegation, die auf der Londoner Außenministerkonferenz den Willen des deutschen Volkes darlegen sollte. Der Delegation gehörten u. a. die beiden Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, für die CDU Otto Nuschke und Dr. Lobedanz an.

In einer einmütig verabschiedeten Entschließung des Deutschen Volkskongresses wurde dem Willen der Nation wie folgt Ausdruck gegeben:

37) Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 1. Oktober 1949

„Das deutsche Volk wünscht einen den Grundsätzen der Beschlüsse der alliierten Mächte in Jalta und Potsdam entsprechenden Frieden, der ihm die Gleichberechtigung mit den andern Völkern zusichert, ihm eine freie demokratische Entwicklung und die völlige Wiederherstellung seiner nationalen Unabhängigkeit ermöglicht. Das deutsche Volk ist tief von dem Willen durchdrungen, die Kräfte des Krieges in seinem Lande unschädlich zu machen, die demokratischen Kräfte zu stärken und damit zur Sicherung des Friedens beizutragen.

Das deutsche Volk wünscht, daß der Friedensvertrag die wirtschaftliche und politische Einheit gewährleistet oder daß dem deutschen Volke das Recht zuteil wird, durch eine Volksabstimmung selbst zu entscheiden. Eine Aufteilung Deutschlands in Staaten oder Zonengebiete würde den Aufbau der deutschen Wirtschaft und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gefährden...

Das deutsche Volk wünscht von der Konferenz der Außenminister in London die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien. Diese Regierung soll auf der Friedenskonferenz gehört werden und die Aufgabe haben, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Das deutsche Volk wünscht, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine Nationalversammlung gewählt wird, welche die Aufgabe der Ratifizierung des Friedensvertrages hat.

Der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden erhebt diese Wünsche im Bewußtsein der großen Verantwortung, die das deutsche Volk den andern Völkern gegenüber trägt. Die versammelten Frauen und Männer sind entschlossen, ihre ganze Kraft für eine friedliche Verständigung mit den andern Völkern einzusetzen.“

Im Einklang mit diesem Programm nationaler Selbsthilfe unterbreitete die sowjetische Delegation der Londoner Konferenz konkrete Vorschläge für die Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages. Gleichzeitig forderte die sowjetische Delegation die Außenminister auf, Vertretern des deutschen Volkes Gelegenheit zu geben, den deutschen Standpunkt darzulegen. Sämtliche Vorschläge wurden jedoch von den Westmächten abgelehnt.

Allerdings hatten bereits die ersten Tage der Londoner Außenministerkonferenz erkennen lassen, daß die Westmächte mit der vorgefaßten Absicht nach London gekommen waren, Bindungen auszuweichen, um freie Hand zu gewinnen für die Fortführung ihrer Spaltungspläne. So wurde die Eröffnung der Konferenz von der Westpresse mit Kommentaren begleitet, die

„nachweisen“ sollten, daß die Konferenz Erfolg nicht haben könne. Sehr bald wurde denn auch der Zusammenbruch der Konferenz von den Westmächten planmäßig herbeigeführt.

Nachdem die Westmächte drei Wochen hindurch jeden Fortschritt der Verhandlungen verhindert hatten, stellte der britische Außenminister Bevin die provokatorische Frage: „Ist der Außenministerrat überhaupt die Instanz, die das deutsche Problem jemals lösen wird?“ Anschließend beantragte der Außenminister der USA, Marshall, die Konferenz zu vertagen, ohne auch nur einen Termin für eine neue Beratung in Aussicht zu nehmen! Damit war die Konferenz gesprengt.

Ausgehend von der Lehre der Geschichte, daß Passivität in Notzeiten ein schlimmes Übel ist, erfaßte die Volkskongreßbewegung, der Widerstand gegen eine auf breiter Front zum Angriff angetretenen Weltreaktion, immer breitere Kreise.

„Zur gleichen Zeit wurde von den reaktionären Kräften in einer Reihe europäischer Staaten der Versuch unternommen, die Einheit der demokratischen Kräfte zu spalten. Das äußerte sich z. B. darin, daß in den Ländern Westeuropas die kommunistischen und Arbeiterparteien aus den antifaschistischen Regierungen des Jahres 1945 hinausmanövriert und daß in den Ländern der neuen Demokratie Verschwörungen mit dem Ziel organisiert wurden, diese Staaten in die Abhängigkeit vom anglo-amerikanischen Imperialismus zu bringen.

In diesem Zusammenhang muß man den Versuch Jakob Kaisers sehen, im Sommer 1947, vier Wochen nach Proklamation des Marshall-Planes, den Block der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu sprengen.“³⁸⁾

Im Rückblick auf den ersten Deutschen Volkskongreß schrieb Otto Nuschke am 15. Januar 1948 in der „Neuen Zeit“:

„Es war ein großer harmonischer Zusammenklang, ein stolzes und würdiges Bekenntnis zu einem gerechten Frieden“, und danach, in scharfer Zurückweisung der „Einwände“ Jakob Kaisers:

„Völlig unverständlich ist mir die Sorge Jakob Kaisers, der Volkskongreß könne ‚die Blockpolitik ablösen‘. Nein, das ist nicht beabsichtigt. Der Volkskongreß hat die konkreten Aufgaben, die in seiner Bezeichnung umrissen sind. Er wird an dem Tage seine Existenz aufgeben, an dem seine Ziele erreicht sind.“

38) Thesen zur Geschichte der CDU in: Dokumente der CDU, Bd. I, S. 12

Bis dahin aber wird er unermüdlich und eisern entschlossen sein, das deutsche Volk zu wecken und zu mahnen, das von den Vätern überkommene köstliche Gut der Einheit sich kämpfend zu erhalten. Er wird in allen Zonen die große Kontrollinstanz für die Parteien und Personen sein, die in dieser Daseinsfrage versagen.“

In den Vordergrund traten nunmehr auch innerhalb unserer Partei die fortschrittlichen Kräfte. Den Durchbruch brachte der 5. Parteitag in Leipzig, auf dem Otto Nuschke zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde, ein Amt, in dem er bis zu seinem Tode am 27. Dezember 1957 stets aufs neue bestätigt worden ist. Am 11. und 12. Februar 1948 erneuerten die damaligen Landesvorsitzenden der CDU auf ihrer Tagung in Berlin die Zustimmung zur Volkskongreßbewegung und bekundeten gleichzeitig ihren entschlossenen Willen, mit allen Mitteln der Gefahr der weiteren Spaltung Deutschlands entgegenzutreten.

Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden

Wenige Tage später, am 17./18. März 1948, trat in Berlin der zweite Deutsche Volkskongreß zusammen. Wiederum beratschlagten deutsche Bürger aus dem Osten und Westen unseres gemeinsamen Vaterlandes einmütig über die Rettung der Nation. Als nationale Repräsentation wurde der Deutsche Volksrat gebildet, dem je 200 Vertreter aus dem Osten und dem Westen Deutschlands angehörten. Den wichtigsten Beschluß dieser Beratungen bildete der Ruf zu einem Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden.

In zahlreichen Reden und Aufsätzen setzten sich auch die fortschrittlichen Politiker der CDU für den Erfolg des Volksbegehrens ein. Scharf rechnete Otto Nuschke dabei erneut mit Jakob Kaiser ab, von dem er sagte, daß er „gegen den Volkskongreß beinahe noch heftiger anstürmt als gegen den Marxismus.“³⁹⁾

Heute wissen wir, daß Kaiser und seinesgleichen deshalb so handelten, weil die Volkskongreßbewegung durch ihren Kampf gegen die Spaltung Deutschlands ein Hindernis für die Pläne des Westens war und die Durchführung der Zerreißung Deutschlands verzögert hat. Es war in diesen Tagen, daß die Londoner „Times“ ihrem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß der Westen durch die Tätigkeit des Deutschen Volksrats noch nicht in der Lage sei, die so hartnäckig vertretenen Pläne zu realisieren.

39) „Neue Zeit“ vom 22. Januar 1948

Der Vorstand der CDU forcierte in einem am 5. Mai 1948 ergangenen Aufruf nachdrücklich die christliche Bevölkerung auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen. In dieser Kundgebung hieß es:

„Sollen wir nun resignieren? Noch nie ist die Gefahr der Zerreißung Deutschlands so groß gewesen wie heute. Wir setzen den Kampf um die Einheit Deutschlands fort. Die Einheit Deutschlands war und bleibt die unabdingbare Forderung der Christlich-Demokratischen Union. Darum zeichnet euch ein in die Liste des Volksbegehrens für die deutsche Einheit und einen gerechten Frieden.“

Das Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden wurde in den Tagen vom 23. Mai bis zum 13. Juni 1948 durchgeführt. Bereits am ersten Eintragungssonntag leisteten mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten über 18 Jahre in Ostdeutschland ihre Unterschrift und legten dabei ein eindruckstarkes Bekenntnis zur nationalen Einheit und zum Frieden ab. Insgesamt zeichneten sich während des Volksbegehrens 13 124 387 Personen in die Listen ein. Das sind rund ein Drittel aller Wahlberechtigten in allen Zonen und Ländern unseres Vaterlandes. Wahrhaft überwältigend waren die Ergebnisse in den ostdeutschen Ländern. In Sachsen leisteten 97,1 Prozent der Einzeichnungsberechtigten ihre Unterschrift. In Sachsen-Anhalt beteiligten sich 96,2 Prozent am Volksbegehren, in Mecklenburg 95,9 Prozent, in Thüringen 95,1 Prozent und in Brandenburg 92,5 Prozent.

Gestützt auf diese Abstimmung entwickelte der Deutsche Volksrat in knapper Formulierung das Programm der nationalen Selbsthilfe. Diese Kundgebung lautete:

„Gegen die Londoner Empfehlungen hat sich eine Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes gebildet. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es das Schicksal der Spaltung und Unterwerfung nicht tatenlos hinnehmen kann, zu dem es in London, ohne gehört und gefragt worden zu sein, verurteilt wurde. In dieser Entscheidungsstunde der Nation fordert der Deutsche Volksrat, legitimiert durch das Ergebnis des Volksbegehrens:

1. die Anerkennung der Einheit Deutschlands und den Verzicht auf den Weststaat,
2. eine gemeinsame Verfassung, eine einheitliche Währung und freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung.
3. die Aufnahme von Friedensverhandlungen, genaue Begrenzung der zu leistenden Reparationen und Abzug der Besatzungstruppen.

Der Deutsche Volksrat ruft die gesamte deutsche Bevölkerung auf, für die Erreichung dieser Ziele einzutreten und den Weg der nationalen Selbsthilfe, deren Maßnahme das Volksbegehren war, konsequent zu Ende zu gehen. Der Wille eines Volkes läßt sich auch durch die Gewalt nicht brechen. Das Recht ist auf unserer Seite. Auch in Deutschland gehört die Zukunft den demokratischen Kräften.“

Nationale Front

Aus dem Willen heraus, noch in letzter Stunde die Spaltung der Nation und die erhöhte Gefahr für den Frieden abzuwenden, rief der Deutsche Volksrat für den 15./16. Mai zur Wahl der Delegierten für den Dritten Deutschen Volkskongreß auf. An den Wahlen beteiligten sich 12 887 234 der Stimmberechtigten, das sind 95,2 Prozent. Davon stimmten 7 943 949 mit Ja (66,1 Prozent).

Der Dritte Deutsche Volkskongreß wurde am 30. Mai 1949 in der festlich geschmückten Staatsoper zu Berlin von Wilhelm Pieck eröffnet. Aus den Westzonen waren trotz der Schwierigkeiten, die ihnen von der Westpolizei an der Grenze gemacht wurden, 500 Delegierte nach Berlin gekommen. Verhaftet wurde auf der Fahrt nach Berlin Max Reimann, der Vorsitzende der KPD — eine Willkürmaßnahme, gegen die der Volkskongreß sofort protestierte.

Einmütig verabschiedete der Dritte Deutsche Volkskongreß ein Manifest an das deutsche Volk mit Vorschlägen für die Lösung der deutschen Frage und den Abschluß eines Friedensvertrags. Ausgehend davon, daß Einheit und Frieden uns nicht geschenkt, sondern von uns selbst erungen werden müssen, rief der Dritte Deutsche Volkskongreß zur Bildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf:

„Es geht um den Zusammenschluß aller national gesinnten Kräfte. Die Spaltung unseres Vaterlandes trifft jeden Deutschen und reißt die Familien auseinander. Sie gefährdet den Arbeitsplatz, bedroht den Bauernhof, lähmt den Handel und den Verkehr, vernichtet den deutschen Arbeitsmarkt und hindert den Austausch kultureller und geistiger Werte. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute und Geistesschaffende: ihr alle gehört in die Nationale Front. Immer breitere Schichten unseres Volkes empfinden den nationalen Kampf für Einheit und Frieden und Abzug der Besatzungstruppen als das Gebot der Stunde.

Die Nationale Front richtet sich nicht gegen andere Völker, sie hat nichts mit Nationalismus zu tun. Sie will Verständigung und Freundschaft mit allen Völkern der Erde. Sie bekämpft darum auf das entschiedenste die Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien. Sie weiß sich eins mit den Friedenskräften der Welt, deren wachsende Stärke in den Weltfriedenskongressen und im Widerstand gegen den Atlantikpakt zum Ausdruck kommt.

Gegenüber der in Westdeutschland und im Westen Berlins betriebenen Kriegshetze stützen wir uns auf die Festigung der friedfertigen antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone, auf den Friedenswillen der Massen und die Ausbreitung der Volkskongreßbewegung auch im Westen.

Das ist der Weg zur Unabhängigkeit, zur Einheit Deutschlands, zum gerechten Frieden und zum Abzug der Besatzungstruppen. Nur so kann die Nation gerettet werden.“

Im Rahmen der Nationalen Front hat dann in den weiteren Jahren auch die CDU ihre Arbeit für den Sieg des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens geleistet. Mit Recht wurde daher in der Entschließung unseres 10. Parteitags die Feststellung getroffen:

„Die schöpferische Mitarbeit der Christlich-Demokratischen Union am sozialistischen Aufbau vollzieht sich im Ringen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dieser umfassenden patriotischen Bewegung, die unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei alle Kreise unserer Bevölkerung in den Aufbau des Sozialismus einbezieht, gehört auch unsere Partei als unlöslicher Bestandteil an. Alle demokratischen Kräfte, auch die Mitglieder unserer Partei, sind mitverantwortlich für die Arbeit der Nationalen Front. Unsere Mitglieder haben den gesellschaftlichen Auftrag unserer Partei erst dann richtig verstanden, wenn sie selbst sich als Mitarbeiter der Nationalen Front, als Verfechter ihrer Ziele begreifen. In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland manifestiert sich die zunehmende politisch-moralische Einheit unserer schaffenden Bevölkerung, die sich mit dem weiteren Voranschreiten des sozialistischen Aufbaus immer deutlicher herausbildet.“

Die DDR – Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde den Spaltern Deutschlands eine von nationalem Verantwortungsbewußtsein geprägte Antwort erteilt und in einem Teil Deutschlands die Vergangenheit endgültig bewältigt. Nach der Bildung des separaten Weststaates forderten die Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Volksrats und des antifaschistisch-demokratischen Blocks, die legitimen Sprecher der Nation, in einer gemeinsamen Sitzung den Deutschen Volksrat auf, sich zur Wahrung der nationalen Interessen gemäß der vom Volksrat beschlossenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zur provisorischen Volkskammer der DDR umzubilden und eine verfassungsgemäße Regierung zu bilden.

Zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, der ersten deutschen Arbeiter- und Bauernrepublik, wurde Wilhelm Pieck gewählt, zum Vorsitzenden des Ministerrats Otto Grotewohl. Als Präsident der Volkskammer wurde Dr. Dieckmann gewählt. Der Parteivorsitzende der CDU, Otto Nuschke, gehörte der Regierung als stellvertretender Ministerpräsident an.

Unmittelbar nach der Konstituierung der DDR übergab die Regierung der Sowjetunion die Verwaltungsfunktionen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden, in deutsche Hände. Die Kontrolle der Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen Deutschland betreffenden gemeinsamen Viermächtebeschlüsse wurden einer neu geschaffenen sowjetischen Kontrollkommission übertragen.

Geboren aus dem Geist nationaler Verantwortung, hat die Deutsche Demokratische Republik vom ersten Tage ihrer Existenz an der Sache der Wiedervereinigung und der Erhaltung des Friedens treu gedient.

„Der Weg im Westen“, so hieß es in der Regierungserklärung, „ist der gleiche Weg in Verderben, Not und Tod, auf dem einst Hitler das deutsche Volk in den Abgrund führte. Die drohende Gefahr eines imperialistischen Krieges hat uns mit gebieterischer Notwendigkeit die Aufgabe gestellt, für den Kampf zur Wiedervereinigung Deutschlands, für den demokratischen Neuaufbau und für den Frieden eine wirkungsvolle und starke Führung zu schaffen. Dazu haben wir die Deutsche Demokratische Republik konstituiert und die provisorische Regierung gebildet.“

Die provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich dabei dessen bewußt, daß sie ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie einen neuen Weg, den Weg des Friedens und der Demokratie beschreitet.“

Diesen Weg des Friedens und der Demokratie hat die DDR seitdem strikt und konsequent innegehalten, gestützt auf das große Lager des Friedens unter der Führung der Sowjetunion, mit dem sie durch den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand engstens verbunden ist, und so in Erfüllung ihres geschichtlichen Auftrags dafür gesorgt, daß nie wieder von deutschem Boden aus ein Krieg seinen Ausgang nimmt. So kann das Dokument des Nationalrats in seinem ersten Abschnitt feststellen:

„In der Deutschen Demokratischen Republik, in der Imperialismus und Militarismus ein für allemal überwunden sind, in der die Ausbeutung der arbeitenden Menschen für immer beseitigt ist, verkörpern sich die demokratischen, humanistischen, friedlichen und sozialistischen Traditionen des deutschen Volkes. Hier regiert das Volk – Kommunisten und Nichtkommunisten, Christen und Atheisten – vereint in der Natio-

nalen Front des demokratischen Deutschland und im Block der demokratischen Parteien. Hier hat alles seine Heimstatt, was es in der deutschen Geschichte an Gutem, Schönem und Fortschrittlichem gibt. Der jahrhundertelange Kampf der besten, klügsten und fortschrittlichsten Menschen des deutschen Volkes gegen Militarismus und Reaktion, nicht zuletzt auch vieler der besten, talentiertesten und fortschrittlichsten Vertreter der Wissenschaft und Kunst, findet hier seine Erfüllung. Dieser erste sozialistische Staat des deutschen Volkes hat die imperialistische Vergangenheit überwunden und ist der Zukunft, einer Welt des Friedens und des Sozialismus zugewandt. Er fühlt sich eng verbunden mit der großen Zahl westdeutscher Bürger, die tapfer und unter großen persönlichen Opfern den Kampf um Frieden, Demokratie, Humanismus und Sozialismus in der imperialistischen westdeutschen Bundesrepublik führen.“

Von dem auf fremden Befehl und für fremde Zwecke zustande gekommenen Separatstaat aber heißt es in dem Dokument:

„In der westdeutschen Bundesrepublik herrschen heute wieder Menschenverachtung, Ausbeutung, klerikales Dunkelmännertum, Geld- und Eroberungsgier und Militarismus. Das heißt, in der westdeutschen Bundesrepublik wird – durch eine Scheindemokratie getarnt – alles konserviert und belebt, was es in der deutschen Geschichte an Rückständigem, Barbarischem und Unmenschlichem, an Dummheit und Borniertheit – gegen das eigene Volk und gegen andere Völker – gibt. Dieser westdeutsche Staat ist der Vergangenheit, einer überlebten Zeit der Ausbeutung und des Krieges, zugewandt.“

VII.

Die Konstituierung der Bundesrepublik Bundeskanzler mit einer Stimme Mehrheit

Nach der Inkraftsetzung des Grundgesetzes hatte die westdeutsche Bevölkerung am 14. August 1949 den ersten Bundestag zu wählen. Das dafür ausgeklügelte Verfahren war sehr kompliziert, darauf abgestellt, die Opposition und die kleineren Parteien zu behindern und zu schwächen. Von den insgesamt 400 Abgeordneten des Bundestages wurden 240 direkt in den Wahlkreisen mit absoluter Mehrheit gewählt. Der Rest der Stimmen wurde auf Landesergänzungslisten verrechnet, auf denen weitere 160 Abgeordnete ein Mandat erhielten. Eine sogenannte Fünf-Prozent-Klausel machte diese Zuteilung jedoch davon abhängig, daß die Parteien mindestens 5 Prozent aller Stimmen erhalten oder in einem Wahlkreis ein Direktmandat erlangt hatten.

Wie gleichgültig der ohne die Beteiligung des Volkes gebildete Westzonenstaat den Wählern war, spiegelte sich auch darin, daß sich nur 78,5 Prozent der Wahlberechtigten an der ersten Stimmabgabe beteiligten. „Das Ergebnis der Wahlen in den westdeutschen Bundestag zeigt“, so kommentierte Otto Nuschke die Haltung der Wähler, „daß die Wähler bereits unter dem Eindruck des Unabänderlichen standen.“ Und auch später ist dieser Staat nie populär geworden.

Schon die Verteilung der Mandate war sehr charakteristisch für das politische System der Bundesrepublik. Während die Deutsche Partei, für die 940 088 Stimmen abgegeben worden waren, und die Bayern-Partei mit 986 606 Stimmen je 17 Mandate erhielten, entfielen auf die beträchtlich stärkere KPD mit ihren 1 360 433 Stimmen nur 15 Abgeordnete!

Zum Bundespräsidenten wurde Theodor Heuß gewählt, zum Bundeskanzler Konrad Adenauer, und zwar mit der kleinsten Mehrheit mit der je eine Regierung sich installiert hat, nämlich einer einzigen Stimme! Und diese Stimme war noch dazu die eigene. In seinem bekannten Zynismus hat übrigens Konrad Adenauer aus diesem Sachverhalt nie ein Hehl gemacht. „Da ich fest entschlossen war“, so „rechtfertigte“ er sich seinem Sohn gegenüber, „die Wahl anzunehmen, hätte ich es für Heuchelei gehalten, wenn ich nicht mich selbst gewählt hätte.“

Auf dieser schmalen, angesichts der Schwere der bevorstehenden Entscheidungen völlig unzulänglichen Basis sind dann Zug um Zug die Fakten geschaffen worden, die heute den Weg des deutschen Volkes blockieren, ist die Politik der Spaltung der Nation durch die nachfolgende Politik der Integration ständig weiter verschärft worden. Nie aber wurden Schicksalsfragen der Nation, Frieden oder Krieg, Abrüstung oder Wiederaufrüstung, Wiedervereinigung oder Integration dem Volk zur Stellungnahme unterbreitet. Auch in den späteren Wahlen spielten diese Fragen niemals eine Rolle. Die Mehrheit von einer Stimme genügte der Bonner Demokratie, hinter dem Rücken der Nation eine Politik durchzuführen, deren Konsequenzen das deutsche Volk nicht gewollt hat!

Separatismus, Antikommunismus und politischer Klerikalismus als Programm

Schon die erste Erklärung Adenauers vor dem Bundestag ließ drei Grundlagen seines Regierungsprogramms erkennen: den Separatismus, den Mißbrauch des Christentums und den Antikommunismus. Daher der Satz in der Regierungserklärung: „Alles, was wir tun, wird inspiriert sein von dem Geist westlicher, christlicher Zivilisation.“ Das war denn freilich ein Widerspruch in sich. Denn der Geist der westlichen Zivilisation, den Adenauer im Auge hatte, war der unchristliche Geist des Krieges,

der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker. Zugleich enthielt das Bekenntnis zur westlichen Zivilisation eine Absage an Europa, der gemeinsamen Schöpfung der Völker des europäischen Westens und Ostens. Indem Adenauer Westdeutschland einem noch dazu von einer überseeischen Macht geführten Block eines Teileuropas eingliederte, gab er damit zugleich die nationale Einheit Deutschlands preis.

Eine Kampfansage an Deutschland bedeutete auch die Errichtung eines besonderen Ostministeriums, heuchlerisch „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ betitelt. Die Aufgaben, die diesem Ministerium oblagen, bestanden in der ständigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ostdeutschlands, der späteren Deutschen Demokratischen Republik, in der Organisation der Spionage, der Sabotage und des Kalten Krieges gegen die ostdeutsche Wirtschaft. Die Deutsche Demokratische Republik, der einzige rechtmäßige deutsche Staat, der sowohl die Potsdamer Beschlüsse als auch das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in umfassender demokratischer Legitimität unter Respektierung der historischen Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verwirklicht hatte, wurde in völliger Umkehrung der Tatsachen von der Bonner Regierung zur Irredenta erklärt, zu einem Gebiet also, das, vom Mutterlande getrennt, mit Waffengewalt wieder heimgeholt werden muß.

Auch dieser Rückgriff auf bürgerlich-chauvinistische Vorstellungen, die im vergangenen Jahrhundert von Italien aus ihren Ausgang genommen hatten, diese Verzerrung des nationalen Gedankens, um ein Sprungbrett für Aggressionsakte zu gewinnen, war charakteristisch für den reaktionären Charakter der Bundesrepublik.

Bereits in ihrer Konstituierung ließ so die Bundesrepublik jeden Sinn für die politische Realität, für das Kräfteverhältnis in der Welt und für die deutschen Staatsnotwendigkeiten vermissen.

„Ähnlich wie Hitler am Vorabend seines Selbstmords den Untergang des deutschen Volkes begrüßte, weil es ihn nicht genügend unterstützt habe, handelt heute die westdeutsche Großbourgeoisie nach seinem Motto: ‚Wenn wir nicht ganz Deutschland erobern können, dann zum Teufel mit der Nation.‘ Das ist der geschichtliche Weg, den die deutsche Bourgeoisie zum Unglück des deutschen Volkes von 1871 bis heute zurückgelegt hat.“

(Aus dem Dokument des Nationalrats)

Bonn muß durch Deutschland überwunden werden

Nach der Konstituierung der Bundesrepublik stellten die damaligen Vorsitzenden der Landesverbände der CDU am 22. September 1949 mit tiefer Trauer fest, „daß nach der endgültigen Konstituierung des deutschen Weststaates die Einheit

Deutschlands auf Grund der Londoner ‚Empfehlungen‘ zerrissen worden ist. Der Weststaat ist nicht aus gesamtdeutschem Willen entstanden, seine Grenzen und seine Verfassung gehen auf diktatorische Auflagen der westlichen Siegermächte zurück. Das Grundgesetz von Bonn bedeutet nicht die Schaffung einer neuen deutschen Souveränität; denn das Besatzungsstatut geht in allen entscheidenden Fragen deutschen Rechten vor. Die westdeutschen Wähler haben zwar jenen Bundestag gewählt, den fremdes Machtgebot vorschlug, aber die Frage der Einheit unseres Vaterlandes ist nicht zu einer freien Volksabstimmung gestellt worden... Die CDU der sowjetischen Besatzungszone bedauert, daß durch die Einrichtung eines Ostministeriums, das man schamhaft in letzter Stunde als Ministerium für gesamtdeutsche Fragen getarnt hat, die Zonengraben noch vertieft werden. Die Besetzung des Ministeriums durch Jakob Kaiser, der sich in seiner ganzen letzten Entwicklung als einseitiger Vertreter westlicher Politik erwiesen hat, wird keine Förderung gesamtdeutscher Interessen bedeuten, sondern nur zu einer bedauerlichen Verschärfung der Gegensätze in Ost und West beitragen... Bonn muß durch Deutschland überwunden werden.“⁴⁰⁾

Adenauers erste Amtshandlung

Als erste Amtshandlung unterzeichnete Konrad Adenauer einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten über die Beteiligung Westdeutschlands am Marshall-Plan, dessen Grundlage, wie bereits dargelegt (s. S. 24), die Spaltung Europas und die Einbeziehung europäischer Länder in die amerikanische Aggressionspolitik bildet. Mit dem Beitritt zum Marshall-Plan begann dann die so unheilvolle Politik der sogenannten Integration.

VIII.

Integration als nationale Kapitulation

Anspruch und Wirklichkeit

Als Motto könnte der Geschichte der Bundesrepublik ein Satz vorangestellt werden, mit dem Eugen Gerstenmaier, der Präsident des westdeutschen Bundestags, seine Rede auf dem Kölner Parteitag der Adenauer-CDU „gewürzt“ hat. Er lautet:

„Unsere Politik war und ist gewollte und bewußte Integration. Sie war es, weil wir weder in Deutschland noch sonst in der Welt in dem souveränen Nationalstaat länger das Ziel und den letzten Sinn zu sehen vermochten.“

⁴⁰⁾ Dokumente der CDU, Bd. I, S. 39

Das ist in der Tat ein Ausspruch, der grell alles beleuchtet, was in Bonn seit der Konstituierung der Bundesrepublik getan und unterlassen worden ist! Nur ist dabei, was den Begriff der Integration betrifft, scharf zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu unterscheiden.

Dem Wortsinn nach bedeutet „Integration“ Vereinheitlichung, die Herstellung eines übergeordneten Ganzen. In bezug auf Deutschland freilich wird dieses Ziel nicht erstrebt! Das gerade soll durch die Integrationspolitik nicht erreicht werden: die Wiederherstellung eines deutschen Staates, der das ganze Deutschland umfaßt und zu dem die Bildung einer Deutschen Konföderation die erste Etappe bildet. Ebensovwenig erstreben die Politiker der Integration die Entwicklung einer freundschaftlichen Zusammenarbeit aller europäischen Länder.

„Seltsame ‚Vereinigung Europas‘, die mit der Spaltung Deutschlands beginnt. Seltsame ‚Vereinigung Europas‘, die quer durch Europa den Trennungsstrich zieht! Seltsame ‚Vereinigung Europas‘, die Westeuropa politisch, wirtschaftlich und militärisch unter das Kommando von Nichteuropäern, nämlich Amerikanern stellt! Nicht Vereinigung, sondern Spaltung Europas ist ihr wirkliches Ziel.“⁴¹⁾

Bewußte und gewollte Integration, wie sie von der Bonner Regierung proklamiert und praktiziert worden ist, bedeutet die bewußte und gewollte Lösung des gesamtdeutschen Zusammenhalts, die Spaltung der Nation, die Mißachtung der Lehren der deutschen Geschichte, den wahnwitzigen Versuch, im Bunde mit dem amerikanischen Imperialismus das zu erreichen, was bisher in zwei Weltkriegen gegen die Völker des Ostens und des Westens gescheitert ist.

Am offensten hat Franz Josef Strauß, Adenauers Kriegsminister, der sich auch sonst in seinen Maximen und in seiner Lebensführung über alles hinwegsetzt, das Wesen der Integrationspolitik umschrieben, als er die Erklärung abgab:

„Auch ein geeintes Europa, von dem wir noch weit entfernt sind, stellt keine Großmacht mehr zwischen dem Sowjetblock und Nordamerika dar, das heißt, die Zukunft der Vereinigten Staaten von Europa im Sinne einer selbständigen Großmacht ist vorbei, bevor sie begonnen hat. Europa kann in Zukunft nichts anderes sein als die europäische Komponente eines atlantischen Systems, das Nordamerika und Westeuropa einschließt.“⁴²⁾

Die „europäische Komponente“ eines atlantischen Systems, — das also ist die Perspektive, die die Bonner Regierung Westdeutschland zu bieten hat: die Umwandlung eines souveränen Staates in einen Bestandteil des amerikanischen Imperialis-

mus, wobei sie darauf spekuliert, als amerikanischer Vasall den anderen europäischen Staaten ihren Willen aufzwingen zu können. Integrationspolitik ist somit, einen Anspruch des westdeutschen Kulturpolitikers Ernst Robert Curtius zu wiederholen, eine Nebenerscheinung amerikanischer Einflußnahme auf Europa und in ihrer Auswirkung direkt antieuropäisch!

Europarat

Eine weitere Maßnahme in der Praktizierung der Integration war der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat. Der Europarat war am 5. Mai 1949 in London als eine Organisation angeblich zu gemeinsamer Beratung mit dem Sitz in Straßburg gebildet worden. Teilnehmer waren Großbritannien, Frankreich, Italien, die Beneluxstaaten, Schweden, Norwegen und Irland. Noch vor der Bundesrepublik waren dem Europarat die Türkei, Griechenland und Island beigetreten, nach ihr im März 1956 Österreich. Als Organe des Europarates, der erstmalig am 11. April 1950 zusammentrat, konstituierten sich ein Ministerausschuß, bestehend aus den Außenministern, und ein Scheinparlament aus Mitgliedern der Parlamente der einzelnen Staaten. Die eigentliche Aufgabe des Europarates war jedoch nicht die gemeinsame Beratung europäischer Probleme, sondern die Durchsetzung der politischen Ziele der NATO in Westeuropa. So konnte Otto Nuschke den Europarat als das „Vorzimmer der NATO“ charakterisieren.

Montanunion

Wie der Europarat den politischen Zielen der NATO (s. S. 52), so diente die Montanunion der Entwicklung einer europäischen Rüstungsbasis im Dienste der NATO. Bei der Verwirklichung der Montanunion hatten die Amerikaner eine Anregung des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman aufgegriffen. Die danach eingeleiteten Verhandlungen fanden am 18. April 1951 mit einem Vertrag über die Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) mit dem Sitz in Luxemburg ihren Abschluß. Die Gültigkeitsdauer des Vertrages über die Montanunion wurde bei seiner Inkraftsetzung auf fünfzig Jahre ausgedehnt.

Mit der Bildung der Montanunion war das Ruhrstatut (s. S. 27) gegenstandslos geworden. Das Ruhrgebiet war fest in ein Rüstungskombinat eingegliedert, wie es in dieser Ausdehnung in Europa noch niemals existiert hat.

Damit hatten die Westmächte einmal mehr das Potsdamer Abkommen gebrochen; zugleich hatte Frankreich aber auch den französisch-sowjetischen Beistandsvertrag vom 10. Dezember 1944, mit dem beide Regierungen sich verpflichtet hatten, gemeinsam alle erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung jeder neuen Drohung von Deutschland her zu

41) Albert Norden, Um die Nation, S. 200

42) Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung vom 10. März 1961

ergreifen, aufs gröblichste verletzt. Diesem Sachverhalt entsprechend, wies die Regierung der Sowjetunion in einer am 11. September 1951 an die französische Regierung gerichteten Note sehr nachdrücklich darauf hin, daß die Bildung der Montanunion eine grobe Verletzung der Pflichten aus dem Potsdamer Abkommen und dem sowjetisch-französischen Bündnisvertrag beinhaltet. Unter anderem heißt es in dieser Note:

„Herr Schuman sagte während der Vorbereitungen zur Durchführung dieses Planes, daß ‚der Plan zum Zusammenschluß der Kohle- und Stahlindustrie der europäischen Länder den Weg für eine militärische Zusammenarbeit zwischen den interessierten Ländern – Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg – freimachen kann‘. Diese Erklärung von Herrn Schuman kann nur als das Eingeständnis betrachtet werden, daß der Plan zur Vereinigung der Kohle- und Stahlindustrie der genannten Länder militärische Ziele verfolgt. Dieser Plan läßt die Bedürfnisse der deutschen Friedenswirtschaft völlig außer acht. Er verfolgt entgegengesetzte Ziele: auf Kosten der Friedenswirtschaft soll die Rüstungsproduktion aufgebläht und die Schwerindustrie der Ruhr den Plänen der aggressiven Mächte dienstbar gemacht werden, die zu einem neuen Krieg in Europa rüsten. Dabei finden die aggressiven Länder die Unterstützung der Magnaten der Schwerindustrie der Ruhr, die die Hauptstütze sowohl des kaiserlichen Imperialismus als auch des unersättlichen Hitler-Imperialismus waren.“⁴³⁾

Wie sehr die alten Konzerne bereits wieder freie Hand hatten, zeigte sich in der Zeit der Bildung der Montanunion darin, daß an Stelle der in Potsdam beschlossenen Entflechtung der deutschen Konzerne sich neue große Trusts bildeten und die Krupp, Flick und Pferdenges ihre alten Machtpositionen wiederherstellten.

Der Generalvertrag als Generalverrat

Ein Jahr später führte Konrad Adenauer die Integrationspolitik, also die Zerreißung Deutschlands und die Umwandlung Westdeutschlands in ein Instrument des amerikanischen Imperialismus, mit dem sogenannten Deutschland- oder Generalvertrag fort. Der Generalvertrag wurde Ende 1951 in Paris vorbereitet und am 26. Mai 1952 in Bonn von Adenauer, Dean Acheson, der 1947 Byrnes in der Leitung der USA-Außenpolitik abgelöst hatte, sowie dem britischen Außenminister Eden und dem französischen Außenminister Schuman unterzeichnet.

Während der Vorbereitung des Generalvertrags bezeichnete Otto Nuschke in einem am 27. November 1951 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel den Generalvertrag als einen

Generalverrat an Deutschland, der Westdeutschland militärisch an die amerikanischen Kriegstreiber kettet, und als eine Absage an die deutsche Einheit, die unvereinbar ist mit freien gesamtdeutschen Wahlen, für die bis dahin eine Möglichkeit bestanden hatte.

In bezug auf den Generalvertrag kam in Westdeutschland das Wort auf: „Schlimmer als Versailles!“

„Das Versailler Diktat tastete wenigstens nicht die Einheit Deutschlands an. Der Generalvertrag hat die Spaltung Deutschlands zur Voraussetzung, spricht er doch ausdrücklich von der ‚Einfügung der Bundesrepublik in die ... atlantische Gemeinschaft‘, die heute von aller Welt als Kriegsgemeinschaft gegen einen anderen Teil Deutschlands, die DDR, und die Staaten des Sozialismus erkannt ist.“⁴⁴⁾

Der Generalvertrag hob formell das Besatzungsstatut (s. S. 27) auf, beendete aber trotzdem die Besetzung Westdeutschlands nicht, sondern gab in Artikel 2 den Westmächten das Recht auf die „Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz von deren Sicherheit“. Ja, der Generalvertrag brachte noch insoweit eine Ausdehnung der Besetzung, als er im Artikel 4 die Möglichkeit einer Stationierung von „Truppen eines Staates, der zur Zeit keine Kontingente stellt, in der Bundesrepublik“ vorsah! Durch freiwillige Vereinbarung nahm die Bundesregierung durch den Generalvertrag die Angehörigen der fremden Streitkräfte von der Gültigkeit des deutschen Rechtes aus, gewährte sie den fremden Kontingenten das Recht zu beliebigen Manövern in Westdeutschland.

Vervollständigt wurde die nationale Kapitulation Westdeutschlands noch dadurch, daß die Westmächte sich im Generalvertrag alle Vorrechte, die sie bisher innehatten, auf bestimmte Zeit garantieren ließen. Insbesondere behielten sich die Westmächte „die bisher von ihnen ausgeübten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“ vor, also Privilegien, die mit einer Souveränität des westdeutschen Staatsgebildes unvereinbar sind. Sofern trotzdem im Generalvertrag von der deutschen Wiedervereinigung die Rede ist, geschieht das in offenkundiger Heuchelei, mit der das deutsche Volk irreführt werden soll. Heißt es doch im Artikel 7 des Generalvertrags:

„Die Bundesrepublik und die drei Westmächte werden zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die EVG integriert ist.“

43) Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, S. 274

44) Albert Norden, Um die Nation, S. 158

Das sind aber Bedingungen, die eine Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen! Weder ist die Deutsche Demokratische Republik bereit, ihre demokratischen Errungenschaften, den Sozialismus und das Leben ihrer Bevölkerung aufzuopfern, noch kann der Sowjetunion ein Deutschland zugemutet werden, das die Kriegsfront bis an die Oder-Neiße-Grenze vorverlegt!

Schließlich gibt der Artikel 5 des Generalvertrags den Westmächten auch noch das Recht zur Proklamierung eines Notstands nach freiem Ermessen, in dem die ausübende Gewalt von der westdeutschen Regierung auf die westlichen Besatzungsmächte übergehen würde. Ein solcher Notstand liegt nach dem Generalvertrag z. B. dann vor, wenn der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine „umstürzlerische Störung droht“. Das heißt, daß der Notstand bereits dann proklamiert werden kann, wenn zwar eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung noch nicht vorliegt, jedoch droht, und handele es sich dabei um krankhafte Phantasien reaktionärer Köpfe.

Schließlich haben wir Deutschen inzwischen genügend Erfahrungen mit der amerikanischen Politik gesammelt – z. B. auch in der amerikanischen Einmischung in die Entwicklung in Korea –, um uns klar darüber zu sein, daß selbst eine Volksbewegung für den Frieden und die nationale Einheit von den amerikanischen Imperialisten als „Bedrohung“ empfunden werden kann! Denn NATO-Politik setzt eben die Bereitschaft zur Unterdrückung des Volkswillens voraus.

EVG – ein Projekt, am Volkswiderstand gescheitert

Einen Tag nach der Unterzeichnung des Generalvertrags, also am 27. Mai 1952, kam in Paris noch ein Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zustande, der die Vertragschließenden zur Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee verpflichtete. Dieser Vertrag sollte bereits die Einbeziehung der Bundesrepublik in den militärischen Apparat des aggressiven NATO-Pakts ermöglichen. Die Realisierung dieser Pläne scheiterte jedoch an dem leidenschaftlichen Widerstand des französischen Volkes, das mit steigendem Entsetzen das Erstehen einer aggressiven deutschen Armee auf sich zukommen sah.

Der Wust der Pariser Verträge

Nachdem das französische Parlament 1954 unter dem Druck der Volksmassen die Ratifizierung der EVG abgelehnt hatte, griff sofort die Regierung der Vereinigten Staaten ein, um Westdeutschland nunmehr direkt in die NATO einzugliedern. Dabei ließ sich die amerikanische Politik von der Vorstellung leiten, daß, wer Macht über Deutschland erlange, auch Europa seinen Willen diktieren könne, ja, daß amerikanische Truppen, für lange Zeit in Westdeutschland stationiert,

den 8000 km von der europäischen Küste entfernten USA den Charakter einer europäischen Macht verleihen würden.

„Die Herrschaft über Deutschland sichert die Herrschaft über Europa“, behauptete in diesem Zusammenhang einer der unverschämtesten Ideologen einer amerikanischen Aggression, J. Burnham, in seinem Buch „The Struggle for the World“.

Diese neue Etappe der USA-Politik wurde eingeleitet mit der Neunmächtekonferenz in London, die dort in den Tagen vom 28. September 1954 bis zum 3. Oktober 1954 durchgeführt worden ist. Teilnehmer waren wiederum die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, die Beneluxstaaten sowie Kanada, Italien und Westdeutschland. Die Grundlage der Beratungen in London bildeten die sogenannten Pariser Verträge, ein ganzer Wust von Abmachungen.

Die wichtigsten davon betrafen erstens den Beitritt Westdeutschlands und Italiens zum revidierten Brüsseler Pakt.

Brüsseler Pakt

Der Brüsseler Pakt war am 17. März 1948 zwischen Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten mit fünfjähriger Dauer abgeschlossen worden. Er verpflichtete die Vertragschließenden zur wirtschaftlichen, im Kriegsfall auch zur militärischen gegenseitigen Unterstützung. Angeblich sollte dieser Vertrag Schutz bieten vor einer neuen deutschen Aggression. In Wirklichkeit diente auch er bereits der Vorbereitung der NATO, so daß denn auch die Einbeziehung Westdeutschlands und Italiens in den Brüsseler Pakt, verbunden mit der Änderung seiner Zielsetzung, den USA-Politikern keine Schwierigkeiten bereitete.

Westeuropäische Union

Mit dem Beitritt Westdeutschlands und Italiens entstand aus dem Brüsseler Pakt die Westeuropäische Union. Der verstärkten Nutzarmachung des militärischen und Rüstungspotentials Westdeutschlands diente die Aufhebung einiger hindernder Bestimmungen. So setzte der Rat der Westeuropäischen Union am 23. April 1958 einige noch vorhandene Beschränkungen der westdeutschen Rüstungsproduktion außer Kraft, zum Beispiel das Verbot der Herstellung ferngelenkter Panzerabwehrgeschosse. Damit sollte der Bundesrepublik die Basis für die Produktion eigener Raketenwaffen gegeben werden. Am 2. Oktober 1958 fiel sodann das Verbot der Herstellung ferngelenkter Geschosse und der Kurzstreckenraketen. Im Dezember 1959 setzte die Tagung der Westeuropäischen Union nunmehr bereits Beschränkungen außer

Kraft, die selbst in den Pariser Verträgen noch vorgesehen waren. So wurde die Tonnage der Zerstörer, deren Bau der Bundesrepublik gestattet war, von 3000 auf 5000 t heraufgesetzt.

Zweitens wurde die Bundesrepublik mit den Pariser Verträgen an dem sogenannten Rüstungspool zur Entwicklung und Herstellung bestimmter Waffen beteiligt. Im Zuge dieser Entwicklung unterzeichnete im März 1957 die Bundesregierung ein Abkommen über die europäischen Atomgemeinschaft

EURATOM,

angeblich der friedlichen Nutzung der Atomenergie gewidmet, in Wahrheit aber die Bundesrepublik in die Lage versetzend, militärische Beschränkungen auf atomarem Gebiet zu umgehen.

Drittens wurde die Bundesrepublik durch die Pariser Verträge in die NATO aufgenommen.

NATO — Haupthindernis der deutschen Wiedervereinigung

Das wichtigste Instrument der aggressiven amerikanischen Politik bildet der Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organization), kurz NATO genannt.

Der Vertrag über die NATO war am 4. April 1949, gültig zunächst für zwanzig Jahre, als Militärbündnis unter der Führung der Vereinigten Staaten abgeschlossen worden. Erste Teilnehmer waren die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Beneluxstaaten, Dänemark, Island und Portugal. Einige Jahre nach der Gründung, im Oktober 1954, verwandelte die Mehrheit dieser Staatengruppe die NATO in eine Dauerinstitution, in eine Atlantische Allianz. Zugleich wurde die Behauptung aufgestellt, die NATO diene auch der „Einheit Europas“. Da jedoch die NATO nur einen Teil Europas umfaßt und ein aggressives Bündnis gegenüber den anderen europäischen Staaten bildet, konnte so die wirkliche Einheit Europas nur sabotiert werden!

Noch im Stadium der Vorbereitung hat die Regierung der Sowjetunion in einem Memorandum vom 29. Januar 1949 und in einem zweiten vom 31. März des gleichen Jahres sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß mit der Bildung der NATO eine Politik der Vertragsbrüche und der Gefährdung des Friedens verbunden war. Auch stellte sie klar, daß der NATO-Pakt nicht als Regionalpakt innerhalb der Vereinten Nationen zu bewerten ist, sondern sich darin das „aggressive Streben zur Errichtung einer anglo-amerikanischen Weltherrschaft ausdrückt“.

Die Geschichte der NATO, ihren Aufbau und ihre Politik, hat Professor Dr. Reintanz, Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, im 17. Heft aus Burgscheidungen „NATO — Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts“ behandelt. Als wichtigste Paragraphen des Vertrages werden darin die Artikel 3 bis 5 angeführt, die den Mitgliedstaaten die Aufrüstung geradezu zur Pflicht machen (Artikel 3), die Konsultation auch dann, wenn der betreffende Staat selbst sich gar nicht bedroht fühlt, wohl aber ein anderer dieser Ansicht ist (Artikel 4), der sich dadurch (innere Aggression) in fremde Angelegenheiten einmischen kann, und schließlich (Artikel 5) die individuelle und kollektive Abwehr, „um die Sicherheit des NATO-Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten“.

Alles Gerede über „Abwehr“ in den Artikeln des NATO-Paktes ist jedoch Heuchelei, da auch die verantwortlichen Männer des Westens ausweislich der Aussprüche des damaligen USA-Präsidenten Eisenhower und des französischen Ministerpräsidenten Mollet sich stets darüber im klaren waren, daß von der Sowjetunion weder ein Krieg noch eine Angriffsgefahr droht.

Organe der NATO sind der NATO-Rat, dem die Außenminister und — je nach dem Thema der Beratung — die Kriegsminister, die Finanz- und Wirtschaftsminister der Paktstaaten angehören, die jährlich zweimal in Paris unter dem Vorsitz des NATO-Generalsekretärs zusammentreten, um die politische, militärische und wirtschaftliche Gleichschaltung der NATO-Staaten fortzuführen. Querverbindungen bestehen zum Rat der O E E C (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), zur Montanunion und zum Europäischen Rat, deren Zusammenhang mit der NATO damit deutlich unterstrichen wird. Die Propaganda der NATO wird von einer „Informationsabteilung“ geleitet, die bemüht ist, die öffentliche Meinung der NATO-Ideologie zu unterwerfen, und sich dabei insbesondere des Mißbrauchs des Christentums bedient, von dem der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Gruenther zynisch behauptet hat, es bilde den moralischen Kitt der NATO.

An der Spitze der militärischen Organisation stehen der Militärausschuß, dirigiert von einer ständigen Gruppe in Washington, und das Hauptquartier der NATO in Europa. Geleitet wird das europäische Hauptquartier von dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa (Supreme Allied Commander in Europa = S A C E U R).

Durch den NATO-Pakt haben die Vereinigten Staaten das Recht erhalten, auf den Territorien der übrigen Signatarmächte, Tausende von Kilometern von ihren Grenzen entfernt, Stützpunkte zu errichten, mit denen sie die Einkreisung der Sowjetunion eingeleitet haben. Die Hauptbasis der amerikanischen Stützpunkte bildet die britische Insel.

Welche Bedeutung die Bundesregierung der NATO-Mitgliedschaft beilegt, ist der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr aus dem August 1960 über die „Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung“ zu entnehmen. Die Verfasser der Denkschrift heben hervor, daß durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO Probleme wie das des geographischen Raumes im modernen Krieg, der Menschenreserve, der Tiefenstaffelung, der wirtschaftlichen und technischen Hilfsquellen sowie die Waffenversorgung und der Nachschub eine gute Lösung gefunden haben.

Wörtlich heißt es in dieser Denkschrift: „Die Zugehörigkeit zur NATO ermöglicht der Bundeswehr die notwendige Tiefenstaffelung ihrer Kampf- und Hilfsmittel und sichert Einfluß auf Raum und Art der Verteidigung.“ Es ist nicht schwer zu erraten, was die Generaläle der Bundeswehr mit dem Begriff „Einfluß auf Raum und Art der Verteidigung“ im Sinne haben. Was sie darunter verstehen, ist die kalte Okkupation westeuropäischer Länder durch die Bundeswehr im Dienst der „gemeinsamen“ Sache.

Als nach dem ersten Weltkrieg Deutschland wieder aufrüstete, begünstigt insbesondere durch die anglo-amerikanischen Mächte, schrieb im März 1945 die Pariser Zeitung „Avenir“, man solle doch einfach die französische Armee dem Oberbefehl des Generalobersten Seect – zwischen 1920 und 1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr – unterstellen, und der britische Botschafter, Lord d'Abernon, wäre der Mühe entbunden, sich darum zu kümmern, ob wieder genügend deutsche Kanonen hergestellt werden.

Was damals sarkastisch gemeint war, das ist heute Wirklichkeit geworden! Im NATO-Hauptquartier in Paris sitzt ein General Hitlers, Heusinger, mit einem ganzen Stab faschistischer Offiziere. Auch hat die Bundeswehr als Mitglied der NATO das Recht, Truppenübungsplätze in Frankreich, in England und anderswo für ihre Verbände in Anspruch zu nehmen, und macht davon auch rege Gebrauch.

Damit hat sich die Bundesrepublik Projekten zugewandt, die in den letzten Kriegstagen den Faschisten vorschwebten. Noch kurz vor der Kapitulation, in den ersten Maitagen 1945, richtete der Großadmiral Dönitz, dem Hitler seine Nachfolgerschaft übertragen hatte, eine Ansprache an die Offiziere, in der es hieß: „Wir müssen mit den Westmächten zusammengehen und mit ihnen in den besetzten Westgebieten zusammenarbeiten, denn nur in Kollaboration mit ihnen können wir später den Russen Land abnehmen.“

An eine Kollaboration dachte auch Churchill, als er in den letzten Kriegstagen die britischen Befehlshaber in einem Telegramm aufforderte, die Waffen der kapitulierenden deutschen Truppen so zu lagern, daß sie jederzeit den

ehemaligen Trägern wieder ausgehändigt werden könnten. Aus gleichen Erwägungen heraus ließen die Westmächte auch einzelne Stäbe der Hitlerwehrmacht bestehen, „um zunächst die Kriegsforschungen der imperialistischen Besatzungsmächte zu unterstützen und später an der Planung und Durchführung der Remilitarisierung Westdeutschlands zu arbeiten“.

Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO haben somit alte Pläne deutscher, englischer und amerikanischer Kriegstreiber ihre Verwirklichung gefunden.

Entscheidend für die Beurteilung der westdeutschen Mitgliedschaft in der NATO ist im übrigen nicht die Stärke oder die Kampfkraft der westdeutschen Divisionen, zumal die Bundeswehr ohnehin eine Kaderarmee ist, die beliebig aufgefüllt werden kann. Die Gefahr der westdeutschen Mitgliedschaft in der NATO liegt vielmehr darin, daß die Bundesregierung selbst ihre Verbündeten, unabhängig von deren eigenen Planungen, jederzeit in einen Krieg hineinzerren kann.

„Wenn wir den deutschen Militarismus entlarven“, äußerte N. S. Chruschtschow anlässlich seines Aufenthalts in Frankreich bei einem Empfang des Stadtrates am 24. März 1960, „so deshalb, weil er sich unter bestimmten Bedingungen in Abenteuer stürzen kann. Dazu bedarf er keiner übermäßigen Stärke. Er trägt zur Verschärfung der internationalen Lage bei, verhindert die Beilegung strittiger und ungelöster Fragen.“

Die westdeutsche Mitgliedschaft in der NATO ist somit eine Provokation Europas und, da die deutsche Frage nur im Frieden zu lösen ist, das Hindernis auf dem Weg in die Wiederherstellung der nationalen Einheit!

In diesem Zusammenhang sei an ein Wort erinnert, das Otto Nuschke während der Tagung des Deutschen Volksrates am 18. März 1948 gesprochen hat. Es lautet: „Wir haben die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß, wer für den Westblock optiert, in Wahrheit nicht für den Westen, sondern für den Krieg optiert.“⁴⁵⁾

Bundesdeutsche Wehrpflicht für eine Söldnerarmee

In Erfüllung der im NATO-Pakt übernommenen Pflichten legte die Bundesregierung dem Bundestag am 26. Februar 1954 ein Wehrpflichtgesetz vor, das nach der notwendigen Änderung des Grundgesetzes am 7. Juli 1956 mit 269 gegen 166 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen worden ist. In der voraufgegangenen Debatte sagte der Sprecher der SPD, Erlar, daß durch die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands vertieft, die internationale Abrüstung erschwert und das Wiederaufleben des Faschismus in Westdeutschland außerordentlich begünstigt

45) Otto Nuschke, Reden und Aufsätze, S. 141

wird. Für die FDP, die sich inzwischen unter den Auswirkungen der Unterstützung der Adenauerpolitik gespalten hatte, machte Dr. Mende darauf aufmerksam, daß das Gesetz über die Wehrpflicht geradezu einen Graben in Deutschland aufreißt!

Trotzdem wurde das Wehrpflichtgesetz nach einem „diktatorisch angewandten Terminkalender“ von der Bundesregierung durchgepeitscht, wobei der Bundestagspräsident Gerstenmaier und der CDU-Abgeordnete Cillien die Tätigkeit und die Beweggründe einer Kommission der evangelischen Kirche, die Bedenken vorgetragen hatte, diffamierten!

Die Kritik, die in der Debatte an der Einführung der Wehrpflicht von der SPD geübt wurde, erfolgte unter dem Druck der Volksmassen, die sich nach Frieden, Völkerverständigung, Abrüstung und der Wiederherstellung der nationalen Einheit sehnten, jedoch nicht nach der Verschärfung der deutschen Spannung und schon gar nicht nach einem Bruderkrieg in Deutschland. Konsequenzen in Richtung auf eine entschiedene, aktive Opposition gegen die Politik Adenauers hat die SPD-Führung jedoch aus ihrer Kritik ebensowenig gezogen wie die FDP.

EWG

Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde die Integrationspolitik mit der Bildung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) am 20. Mai 1957 fortgeführt. Westdeutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten bildeten einen „Gemeinsamen Markt“, dessen Kosten vor allem die westdeutsche Landwirtschaft zu tragen hat. Die Bundesrepublik benutzte die EWG, um eine neue Form der Expansion, des systematischen Eindringens in den Wirtschaftsbereich anderer Länder zu entwickeln.

„Die Ausnutzung der zwischenstaatlichen Einrichtung der europäischen Gemeinschaften durch Westdeutschland ist die modernste Form der gegenwärtigen westdeutschen Expansion. Sie dient dazu, einen künftigen Krieg für die Revision der Grenzen und für territoriale Eroberungen vorzubereiten. Sie dient dazu, um vorher in die Länder, die von einer solchen Revision der Grenzen betroffen werden sollen, einzudringen und um die Basis für einen solchen Krieg rechtzeitig zu erweitern.“

Die Integration soll die Einengung des Territoriums, die Verringerung der Bevölkerung und der natürlichen Ressourcen des deutschen Imperialismus ausgleichen, die sich im Ergebnis des zweiten Weltkriegs ergeben haben, und soll damit dazu beitragen, die Entfesselung eines dritten Weltkriegs vorzubereiten.“⁴⁶⁾

⁴⁶⁾ Chwostow, Imperialistische Expansion unter der Maske der zwischenstaatlichen Integration, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1/1961, S. 117

Als Mitglied der EWG wurde Westdeutschland völlig frei von jeglicher Beschränkung in der Produktion und im Absatz, in der Kartellbildung und in der Konzentration der Industrie. Gestützt auf ihre Bevölkerungszahl und ihre industrielle Produktion, erlangte die Bundesrepublik mit ihren 12,3 Millionen Beschäftigten – gegenüber 7,3 Millionen in Frankreich – sehr bald ein wirtschaftliches Übergewicht. So entfielen zum Beispiel von der Gesamtproduktion der EWG-Länder an Kohle 60 Prozent und 47 Prozent an Stahl auf die Bundesrepublik. In der Automobilindustrie erreichte die westdeutsche Produktion 51,2 Prozent, in der Erdölförderung 55 Prozent, in der Stahlproduktion 51 Prozent und in der Zementproduktion 48,7 Prozent.⁴⁷⁾

Äußerst charakteristisch für die Ziele, die Adenauer mit der Integration verfolgt, ist ein Interview, das er der „Berliner Morgenpost“ gewährte und das von dem Blatt am 4. März 1961 veröffentlicht worden ist. Darin verglich Adenauer die Bildung der EWG mit der Einigung des deutschen Reiches. Auch die Geschichte des Deutschen Reiches, so führte Adenauer aus, habe mit einem Zollverein begonnen. „Ebenso, Schritt für Schritt, müssen auch wir bei der Vereinigung Europas vorgehen.“

Und das ist in der Tat der Sinn der westdeutschen Integrationspolitik – nur daß das, was 1833 eine Vorstufe zur politischen Einheit Deutschlands war, die Gründung des deutschen Zollvereins zwischen Preußen und den deutschen Staaten, heute, in der Form der EWG auf Europa angewandt, ein verhängnisvoller Schritt auf dem Weg in die Spaltung Deutschlands ist, ein Akt des nationalen Verrats.

IX.

Das deutsche Volk ist aufgerufen Komödie im Bundestag

In der Außenpolitik hat die „Integration“, von der Bundesregierung bewußt und gewollt betrieben – so hat es Bundestagspräsident Gerstenmaier, wie bereits erwähnt, einmal ausgesprochen –, den Bonner Staat immer weiter von den nationalen Aufgaben und von der Arbeit für den Frieden entfernt und ihn so, tiefer und tiefer, in die westliche Kriegsalianz verstrickt. In ihrem eigenen Land aber hat die Bundesregierung als Folge der Kursnahme auf die Integration selbst die bürgerlich-parlamentarische Demokratie demontiert und jenen reaktionären Gruppen zu einer neuen Machtstellung verholfen, die Deutschland im 20. Jahrhundert bereits zweimal in eine nationale Katastrophe ohne Beispiel gestürzt haben.

⁴⁷⁾ Nach: Grabska, Die wirtschaftliche Integration als Faktor bei der Wiedererrichtung des westdeutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1/1961, S. 129

Die Gewissenlosigkeit, mit der die Bundesregierung dabei zu Werke ging, ist empörend. Bereits die ersten Wochen nach der Konstituierung der Bundesrepublik ließen Schlimmes befürchten. Als am 22. September 1949 der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, sich gerade anschickte, von der Tribüne des Bundestags die Bedeutung einer klaren Haltung gegenüber der Oder-Neiße-Friedensgrenze darzulegen, öffneten sich plötzlich die Saaltüren, und herein marschierten, ausgestattet als „entlassene Kriegsgefangene“, zwei Subjekte unter revanchistischen Losungen. Es waren ein Hamburger namens Kluger und ein Thilo Wagner. Angefeuert von den Abgeordneten der CDU, entstand ein wüster Tumult, der in Tötlichkeiten gegen die kommunistischen Abgeordneten auszuarten drohte.

Sehr bald aber erwies sich, daß dieser Auftritt eine üble Komödie und ein offensichtliches Betrugsmanöver darstellte. Die Akteure dieses Schmierstückes waren am Vorabend von dem damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Köhler und von dem späteren Außenminister Adenauers, Herrn von Brentano, genauestens instruiert worden. Als Honorar erhielten sie je 50 Mark und einen neuen Anzug. Eine „Kleinlichkeit“ nur hatte man übersehen, nämlich daß es sich gar nicht um ehemalige Kriegsgefangene handelte, sondern um kriminelle Elemente, die denn auch später zu Gefängnis verurteilt werden mußten, Wagner zu 2½ Jahren wegen Diebstahls, Kluger zu sieben Monaten. Nicht untersucht wurden jedoch die Beziehungen der beiden zu Dr. Köhler und Herrn von Brentano bzw. deren Unterhandlung mit ihnen.

Antikommunismus als Staatsräson

Genauso unfundiert, willkürlich konstruiert war alles, was diesem Auftakt an antikommunistischen Aktionen gefolgt ist. Auf Recht und Wahrheit ist es dabei der Bundesregierung nie angekommen. Die Schnelligkeit, mit der dieser Rückfall in die Praxis des Dritten Reiches erfolgte, hängt damit zusammen, daß die Bundesregierung die KPD wegen ihres entschiedenen Kampfes gegen den nationalen Verrat als das Haupthindernis auf dem Weg in die Integration betrachtete; zugleich aber sollten mit dem Schreckgespenst des Kommunismus auch die Kreise für die bundesdeutsche Politik gewonnen werden, die ansonsten Adenauer mit Reserve und Bedenken gegenüberstanden; und schließlich waren es die gleichen Personen, die, wie einst unter Hitler, den Kampf gegen den Kommunismus erneut anfachten.

Bedenken gegen Adenauer gab es bereits zu dieser Zeit bis in die Reihen der eigenen Kabinettsmitglieder. So erklärte im Oktober 1950 Dr. Gustav Heinemann, der erste Innenminister der Bundesregierung, seinen Austritt aus dem Kabinet, verbunden mit einem öffentlichen Protest gegen einen Bundeskanzler, der hinter dem Rücken des Bundestags

und seiner Minister in folgenschweren Entscheidungen den Weg Deutschlands blockierte, wie es mit dem den Amerikanern gemachten Angebot westdeutscher „Polizeiformationen“ geschehen ist.

Wie Adenauer seinen Kabinettsmitgliedern eine Einflußnahme auf die politische Entwicklung nicht gestattete, so erst recht nicht den Wählern. Nie wurde die westdeutsche Bevölkerung an den entscheidenden Etappen der Entwicklung befragt. Selbst die Durchführung einer Volksabstimmung über die nationalen Schicksalsfragen wurde von der Regierung Adenauer verboten. Mit welcher Brutalität gegen jede Initiative des Volkes vorgegangen wurde, zeigte sich am 11. Mai 1952, als der junge Münchener Eisenbahner Philipp Müller bei einer Demonstration für den Frieden und gegen die westdeutsche Remilitarisierung in Essen erschossen wurde.

Weil Adenauer die Kriegsverträge mit den Amerikanern unter allen Umständen, gleichgültig gegen die Folgen für Deutschland, zustande bringen wollte, weil ihm die NATO-Mitgliedschaft stets wichtiger war als ein Friedensvertrag und Schritte in Richtung auf die deutsche Wiedervereinigung, sabotierte er selbst die freien Wahlen, als diese vor der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO in Deutschland noch möglich waren. So blieb die Chance, die die sowjetische Note vom 10. März 1952 mit ihren Vorschlägen für einen deutschen Friedensvertrag, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland bot, ungenutzt.

Der Apfelkarren der Amerikaner

„Die Vereinigten Staaten wollen jetzt keine freie Wahlen in Deutschland, weil diese ihren Apfelkarren zum Umkippen bringen würden.“⁴⁸⁾

Darauf aber kam es gerade an: den Apfelkarren der Amerikaner umzukippen, weil seine „Äpfel“ Dynamit gegen die nationale Einheit Deutschlands enthielten, weil seine Fracht für Deutsche unverdaulich war!

Es ist die historische Schuld Konrad Adenauers, daß er, separatistisch vorbelastet, die nationale Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes systematisch, bewußt und gewollt den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zugunsten ihres Klasseninteresses aufgeopfert hat.

Mit Recht muß daher das Dokument des Nationalrats darauf hinweisen, daß das deutsche Volk immer wieder um die Früchte seines Fleißes, seiner Schaffenskraft, seines schöpfe-

48) „New York Herald Tribune“ vom 24. Mai 1952

rischen Genius betrogen worden ist, und zwar nicht von übelwollenden Nachbarn, nein:

„Gefährlichster Feind des deutschen Volkes war immer und immer wieder jene kleine herrschende Schicht, die sich die Früchte der Arbeit des Volkes aneignete und seinen Fleiß und sein Talent mißbrauchte, um Raubkriege gegen andere Völker zu führen.“

Der Kanzler der Integration und der nationalen Kapitulation hat damit jedes Recht verwirkt, sich auf die Demokratie oder auf die nationale Selbstbestimmung zu berufen. Denn gerade er hat in der Bundesrepublik die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten und Westdeutschland bis zum Jahre 2005 der amerikanischen Besatzungsmacht auf Gedeih und Verderb ausgeliefert!

Das Verbot der KPD

In dem gleichen Jahr, in dem Adenauer für eine Söldnerarmee die allgemeine Wehrpflicht erzwungen hat (s.S. 55), ließ er schließlich auch die KPD verbieten. Während jedoch Bismarck, der seinen Kampf gegen die alte Sozialdemokratie gewiß rücksichtslos und brutal geführt hat, immerhin den Reichstag, also eine politische Institution, für eine politische Maßnahme benutzte oder mißbrauchte, während selbst Hitler sich zunächst einmal ein Ermächtigungsgesetz bewilligen ließ, auf Grund dessen dann den Kommunisten ihre Mandate auf Grund der Reichstagswahlen vom 4. März 1933 nicht mehr zugeteilt wurden, bemühte Adenauer von vornherein die Gerichte, deren oberste Instanz, das Bundesverfassungsgericht, mit dem am 17. Oktober 1956 ergangenen Spruch die KPD als verfassungswidrig verboten hat. Anschließend wurden die Parteibüros versiegelt, die Zeitungen unterdrückt und das Vermögen beschlagnahmt.

„Aber“, so schrieb Otto Nuschke am 19. August 1956 in der „Neuen Zeit“, „Herr Adenauer darf beruhigt sein: die Ankläger von heute werden die Angeklagten von morgen sein. Seine Politik des Terrors, der Verfassungs- und Gesetzesverletzung wird nicht minder peinlich enden wie die Bismarcks und Hitlers.“

Man sagte mir in Westdeutschland von sehr seriöser Seite, daß der Treiber in der ganzen Verbotsangelegenheit gegen die Kommunisten der Bundesinnenminister Dr. Schröder sei. Ausgerechnet Dr. Schröder! Adenauer begann seine Regierung mit einem charaktervollen Innenminister, dem Dr. Heinemann. Als Adenauer Polizeiformationen hinter seinem Rücken zu bilden unternahm, verzichtete Heinemann auf seinen Ministerposten. Besonders auch, weil die Feigheit seiner übrigen Ministerkollegen sich nicht zu einem gleich energischen Einspruch gegen Adenauers persönliches Regiment aufzuraffen wagte. Dann kam der alte deutschnationale Reak-

tionär Dr. Robert Lehr als Bundesinnenminister. Aber er war Adenauer offenbar noch zu zahm, und so stieg der Kanzler von Stufe zu Stufe, um schließlich einen hartgesottenen Nazi und SA-Mann zum Innenminister zu machen. In dieser Personenfolge symbolisiert sich auch das moralische Absinken der Bundesrepublik, die nun mit diesem den Richtern von Karlsruhe abgepreßten Urteilsspruch vor einer Weltblamage steht.“

Ahlener Programm geht über Bord

Der mit der Integrationspolitik verbundenen Restaurierung des Monopolkapitals wurden schließlich auch die gesamten Ansätze zu einer wirtschaftlichen Neuordnung, wie sie in den bereits erwähnten Kölner Leitsätzen (s.S. 13) und insbesondere in dem sogenannten „Ahlener Programm für die Neuordnung der Wirtschaft“ (1./3. Februar 1947) zum Ausdruck gekommen waren⁴⁹⁾, aufgeopfert. Allerdings paßten die darin enthaltenen Sätze, wie z. B. diese:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen“.

absolut nicht mehr in das Regierungskonzept Konrad Adenauers. Trotzdem grenzt es an Zynismus, daß ausgerechnet der Mann sich bereifinden mußte, dieses Programm auf dem Hamburger Parteitag 1957, genau zehn Jahre nach seiner Verkündung, über Bord zu werfen, der entscheidend an seinem Zustandekommen beigetragen hatte, der damalige stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold. Es bedeutete immerhin eine schlimme Überraschung für die der CDU angehörenden Arbeiterkreise, daß sie nun zu hören bekamen, eigentlich sei dieses Programm nur dazu aufgestellt worden, um, angepaßt den Gegebenheiten der damaligen Zeit, den Sozialismus zu verhindern (Dr. Meyers).

Mißbrauch des Christentums

Katastrophal aber wirkte sich die Integrationspolitik auf den Mißbrauch des Christentums aus. Mit dem Mißbrauch des Christentums durch die Bundesregierung, wie überhaupt in den letzten 100 Jahren der deutschen Geschichte, hat sich der Hauptvorstand unserer CDU auf der bereits erwähnten Wartburgtagung im Mai 1962 im Bericht des Präsidiums und in den Diskussionsbeiträgen eingehend beschäftigt. Dieser

⁴⁹⁾ Vgl. Rolf Börner, Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945–1961), „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 64/65

Kampf gegen den Mißbrauch des Christentums, von unserer CDU seit dem Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte auf dem 5. Parteitag mit wachsender Entschiedenheit geführt, ist eine nationale und christliche Pflicht ersten Ranges.

Eine deutliche Sprache ist hier unerlässlich. Man erinnere sich nur, daß ein Hitler, verantwortlich für einen Weltkrieg, in dem an die 60 Millionen Menschen umgekommen sind, der 10 Millionen Männern, Frauen und Kindern ein entsetzliches Martyrium in den Konzentrationslagern aufgezungen und sechs Millionen Juden geradezu geschäftsmäßig vergast hat, für den Nationalsozialismus „das Christentum als Basis unserer gesamten Moral“ in Anspruch zu nehmen wagte!⁵⁰⁾

Nicht minder zynisch ist der bereits erwähnte Ausspruch des früheren NATO-Oberbefehlshabers Gruenther, nach dem das Christentum den „Kitt“ der NATO abgeben soll. NATO-Politik und christliche Grundsätze sind jedoch unvereinbar! Nicht unter dem Schatten der Atombomben der NATO kann der Christ seines Glaubens leben, sondern es ist der den NATO-Mächten verhaßte Sozialismus, der „für die Entfaltung des Christentums bessere Möglichkeiten bietet, als sie je zuvor bestanden haben“⁵¹⁾

„Die Forderungen, die sich aus der christlichen Verantwortung für den Frieden auf Erden und für die Verwirklichung der Nächstenliebe ergeben, lassen sich nur im Sozialismus in die gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen.“⁵²⁾

Die West-CDU aber
„trägt die Hauptschuld daran, daß das Christentum in Westdeutschland von den klerikal-faschistischen Kräften in unvorstellbarer Weise für die Rechtfertigung der imperialistischen und militaristischen Politik mißbraucht wird, einer Politik also, die mit christlicher Ethik völlig unvereinbar ist. Entgegen dem friedlichen, patriotischen Willen weitester Kreise der christlichen Bevölkerung auch in Westdeutschland spielen kirchenleitende Kräfte beider Konfessionen dabei eine verhängnisvolle Rolle. Sie haben die Wiederaufrüstung Westdeutschlands gutgeheißen und scheinchristlich verbrämt, sie haben dem deutschen Militarismus die scheinchristlich eingekleideten, antikommunistischen ‚Abendlands‘- und ‚Kreuzzugs‘-Parolen geliefert, mit denen die ‚Integration‘ des Adenauerstaates in die aggressiven westlichen Bündnisysteme und die offensiven Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Militäristen getarnt werden; sie haben sich durch den Militärseelsorgevertrag politisch noch stärker an den Bonner Staat gebunden; ihre Militärbischöfe sind bereit, dessen Angriffspläne auch kirchlich zu rechtfertigen.“⁵³⁾

50) Treue, Deutsche Geschichte, S. 728

51) Entschließung des 8. Parteitages der CDU

52) Entschließung des 9. Parteitages der CDU

53) Entschließung des 10. Parteitages der CDU

Anlässlich der Aussprache der Delegation kirchlicher Amtsträger und christlicher Bürger mit dem Vorsitzenden des Staatsrats, Walter Ulbricht, am 9. Februar 1961 hat Prof. D. Emil Fuchs den Militärseelsorgevertrag die Selbstzerstörung der Kirche genannt. Nutznießer dieser Selbstzerstörung ist der westdeutsche Imperialismus, sind die Spalter der Nation. Wenn daher in dem so angespannten Etat für das Jahr 1962 mit den größten Rüstungsausgaben, die je von Westdeutschland getätigt worden sind, auch den Militargeistlichen erhöhte Dotationen bewilligt wurden, dann ist das ein Einwand mehr gegen diesen Vertrag, zeigt das doch, wie hoch die Urheber des Militärseelsorgevertrags den Dienst bewerten, der ihnen hier von der evangelischen Kirche geleistet worden ist und noch geleistet wird.

Soweit in den letzten Jahren neue Verhandlungen über Deutschland stattgefunden haben, im Januar 1954 nach fünfjähriger Pause in der Außenministerkonferenz in Berlin und sodann 1955 und 1959 in Genf, sind sie dadurch unfruchtbar geblieben, daß die Westmächte in vollem Einvernehmen mit der Bundesregierung echte Verhandlungen und ein Kompromiß gar nicht gewollt haben. Die gegen das Potsdamer Abkommen und gegen das deutsche Volk geschaffenen Tatsachen, die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Wiederherstellung des Monopolkapitalismus und die Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive NATO-Allianz, sollten bestehenbleiben. Auf dieser Grundlage aber gibt es keinen Fortschritt in der deutschen Sache, keine Normalisierung der Situation in Deutschland.

Jeder muß seinen Beitrag leisten!

Und hier muß nun die deutsche Initiative einsetzen, der Durchbruch zur Vernunft in Westdeutschland unter Respektierung der politischen Realitäten unserer Gegenwart.

„Was wir brauchen, das ist Friedensdienst“, erklärte der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller. Und auch die Zahl derer ist im Wachsen, die eine aktive deutsche Politik als unerlässlich erachten. So forderte der Präses der Rheinischen Kirche, D. Dr. Joachim Beckmann, die Normalisierung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands, weil ohne sie die dauerhafte Lösung der Grundprobleme der deutschen Politik nicht denkbar ist. Die so bedeutenden Atomphysiker Prof. Dr. Werner Heisenberg und Prof. Dr. Carl-Friedrich von Weizsäcker sprachen sich für den freiwilligen Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen aus. Ein beachtliches Dokument nationalen Verantwortungsbewußtseins bildet das zu Beginn des Jahres 1962 dem Bundestag zugeleitete Tübinger Memorandum, unterzeichnet von führenden Wissenschaftlern und bedeutenden

christlichen Persönlichkeiten, gegen die westdeutsche Atom- und Revanchepolitik gerichtet.⁵⁴⁾

Als daher Dr. Thomas Döhler, der Vizepräsident des Bundestages, die Feststellung traf:

„Wir haben keine Politik getrieben, keine Ostpolitik getrieben. Wir haben nicht gewirkt, sondern wir haben uns — damit wir uns recht verstehen — mit einem primitiven Antikommunismus begnügt. Und das war zu wenig. Was wir tun, ist völlig steril, denn wir tun nichts“ —

da hat er nur eine Erkenntnis ausgesprochen, die heute im stillen bereits von vielen Bürgern der Bundesrepublik geteilt wird. Was jetzt notwendig ist, ist, daß die Stimmen der Vernunft gestaltend in das politische Leben Westdeutschlands eingreifen.



So erhebt sich aus der Geschichte der Spaltung Deutschlands riesengroß die Schuld der drei Westmächte und der Bundesregierung unter Konrad Adenauer, die, nationaler Verantwortung bar, quer durch Deutschland und die deutschen Familien Gräben und Sperrmauern gezogen und in Westdeutschland die 1945 von allen verdamnte deutsche Macht- und Eroberungspolitik zu neuem Leben erweckt haben.

Verheißungsvoll aber steht vor uns auch ein neues Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, eine Bastion des Friedens und des Sozialismus, die trotz allem, was geschehen ist, der gesamten Nation eine neue Hoffnung gibt und einen festen Rückhalt im Kampf für die Wiederherstellung der nationalen Einheit und die Erhaltung des Friedens.

„Die Nationale Front des demokratischen Deutschland kennt keine geschlossene Tür. Jeder ist willkommen. Alle Deutschen guten Willens in der Deutschen Demokratischen Republik wie in Westdeutschland rufen wir auf, ihren Beitrag im Interesse der friedlichen Zukunft einer einigen deutschen Nation zu leisten.“

Niemals mehr soll auf deutschem Boden ein Krieg geführt werden. Niemals mehr soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Niemals mehr sollen andere Völker durch Deutsche leiden. Und niemals mehr soll die Kriegsjurie deutsche Menschen, Städte und Dörfer vernichten.

Ganz Deutschland ein reiches blühendes Land der friedlichen Arbeit! Stolz und Freude für seine Bürger und geachtet unter den Völkern! — Danach zu streben, dafür zu arbeiten und zu kämpfen — das ist die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Bürger und aller friedliebenden Deutschen!“

(„Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“)

⁵⁴⁾ Eine Zusammenstellung westdeutscher Stimmen gegen die Adenauer-Politik brachte die „Neue Zeit“ in ihren Ausgaben Nr. 69, 87 und 105/1962

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Descyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- *49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- *51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- *52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- *55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 69 Johannes Zukertort: Das moralische Schuldkonto des deutschen Generalstabes in der Zeit des Faschismus
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit
- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 72 Dipl. oec. Erwin Krubke: „Christliche“ Gewerkschaftspolitik im Dienst antinationaler und antisozialer Bestrebungen der deutschen Großbourgeoisie
- 73 Professor Dr. Josef Hromádka: Friede auf Erden — Hauptreferat auf der I. Allchristlichen Friedensversammlung (13. bis 18. Juni 1961 in Prag)
- 74 Pfarrer Károly Tóth: Die Bedeutung der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung vom Juni 1961 in Prag
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM